



Nr. 265 | 28.03.2022

Ukraine-Analysen

- Russlands Angriffskrieg
- Friedensverhandlungen
- Selenskyjs Rede im Bundestag

■ ANALYSE	
Russlands Überfall auf die Ukraine: Warum gerade jetzt? Felix Riefer (Bonn)	2
■ KOMMENTAR	
Keine Kompromisse mit dem neofaschistischen Russland Kateryna Zarembo (New Europe Center, Ukraine)	6
■ DEKODER	
Wie kann man diesen Krieg beenden?	8
■ DEKODER	
Warum Putin die Ukraine grundsätzlich missversteht Artyom Shraibman	13
■ DOKUMENTATION	
Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag	15
Statement der EU-Regierungschefs zu Russlands Krieg gegen die Ukraine	17
Mehr als nur Waffenruhe: Die Ukraine braucht dringend einen Schutz für Aktivist*innen und eine De-Okkupation (Erklärung der Kyjiwer Gespräche)	18
■ KARTE	
Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 28. März 2022)	19
■ STATISTIK	
Verluste der russischen und ukrainischen Armee	20
■ UMFRAGEN	
Meinungsumfragen zum Krieg	21
<hr/>	
■ CHRONIK	
24. Februar – 01. März 2022	25

Russlands Überfall auf die Ukraine: Warum gerade jetzt?

Felix Riefer (Bonn)

DOI: 10.31205/UA.265.01

Zusammenfassung:

Imperiales Gedankengut konstituierte sich auch im postsowjetischen Russland. Mit dem Eroberungskrieg Putins gegen die Ukraine wurden aus diesen Gedanken Taten. Es musste erst zum offenen Krieg in der gesamten Ukraine kommen, bis eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der revisionistischen Politik Russlands unumgänglich wurde und seitens der Bundesregierung, die über Jahre besonders nachsichtig mit dem Kreml umging, eine »Zeitenwende« deklariert wurde. Doch warum kommt es gerade jetzt zum Krieg gegen die Ukraine und der Eskalation mit dem Westen?

Ein Angriffskrieg, der als Übung getarnt wurde

Bereits Anfang 2021 zog der Kreml seine Truppen schrittweise an der Nord-, Ost- und Südgrenze der Ukraine zusammen, zunächst wohl im Rahmen seines alle vier Jahre stattfindenden Großmanövers »Zapad« (Westen). Das militärische Aufgebot war ungewöhnlich hoch, doch die meisten Analysten schätzten diese Übung nicht als ein »Trojanisches Pferd für eine Invasion eines seiner Nachbarn« ein (Vgl. CSIS Report 28 Juli 2021 <https://www.csis.org/analysis/russia-goes-war-exercises-signaling-war-scares-and-military-confrontations>). Noch am 16. Februar 2022 ließ sich Russlands Gesandter bei der Europäischen Union, Wladimir Tschischow, mit den Worten zitieren: »Es wird auch in der kommenden Woche, in der Woche danach oder im kommenden Monat keine Eskalation geben«. Parallel mehrten sich allerdings die an die Öffentlichkeit gespielten Geheimdienstwarnungen aus dem angelsächsischen Raum vor einem bevorstehenden Angriff Russlands auf die Ukraine, die offenbar kein Verantwortlicher in Europa ernsthaft zur Kenntnis nahm. Zuletzt warnte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg am 19. Februar auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor einem baldigen Angriff Russlands.

Am 21. Februar wurden die »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk, wie es eine Woche zuvor die russische Duma gefordert hatte, vom russischen Präsidenten Wladimir Putin als souveräne Staaten anerkannt. Schließlich marschierte Russland am 24. Februar 2022 mit schätzungsweise 150.000 bis 190.000 Soldaten in die Ukraine ein und führt seither einen völkerrechtswidrigen Krieg an mehreren Fronten gegen einen Nachbarstaat. Die Invasion wird begleitet von einer intensiven antiwestlichen Propagandakampagne und inakzeptablen Forderungen an die Ukraine (siehe die Analyse von Kateryna Zarembo in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.) und an die NATO-Mitgliedsstaaten sowie der Androhung einer atomaren Eskalation. Die Invasion selbst wird

mit einer böswillig fabrizierten Genozid-Lüge begründet, die Wochen vor dem Angriff in Umlauf gebracht wurde. In Bezug auf die Ukraine stellt Russland schon länger die ukrainische Staatlichkeit in Frage und beansprucht nun unverhohlen ukrainisches Staatsgebiet als sein eigenes rechtmäßiges Territorium. Nur so lässt sich erklären, dass zwei Wochen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine der russische Außenminister Sergej Lawrow beim ersten hochrangigen Schlichtungsversuch in der Türkei am 10. März es tatsächlich fertig brachte die Absichten seines Landes wie folgt zu kommentieren: »Wir planen nicht, weitere Länder zu überfallen. Wir haben auch nicht die Ukraine überfallen.«

Informationskrieg nach Innen und Außen

Entsprechend diesem Duktus führen russische Truppen laut Kremldarstellung auch keinen Krieg, sondern eine »militärische Spezialoperation« zur »Entnazifizierung« und »Entmilitarisierung« der Ukraine durch. Gegenüber dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron formulierte Putin in einem Telefonat am 3. März, dass er die gesamte Ukraine kontrollieren wolle. Parallel wurde am selben Tag Instagram zur Verkündungsplattform des russischen Militärs für die Entschlüsselung des Interpretationsrahmens der von ihm für die Invasion verwendeten Symbole »V« und »Z« (<https://www.instagram.com/p/Caor9JMg4MF/>): während »Z« für »Za pobedu«, also »für den Sieg« steht, soll »V« für die Präposition der Sentenz »Sila *v* pravde« – »In der Wahrheit liegt die Kraft« stehen und die Motivation der Truppe steigern, denn es entstammt aus einem in Russland sehr populären Kinofilm. Während Militärexperten hinter den Zeichen Symbole zur Wiedererkennung und Koordination für die verschiedenen Truppen sehen, wurden Menschen in Russland dazu aufgerufen, diese Symbole auf ihre Kleidung zu malen, um sich mit der russischen Armee zu solidarisieren. Spätestens seitdem der staatliche TV-Sender RT am 26. Februar für ein schwarzes T-Shirt mit einem »Z« in der Mitte geworben hat, sind im gan-

zen Land vermehrt Flashmobs, Videos und Werbetafeln mit »Z«-Motiven aufgetaucht. Der Zweck all dessen ist, angesichts wachsender wirtschaftlicher Probleme und steigender Verluste, eine Illusion der Einheit zu schaffen und so Ressentiments und Hass gegenüber Andersdenkenden, der Ukraine und dem Westen zu evozieren. Am 4. März unterzeichnete Putin mehrere Gesetze, die eine von der offiziellen Kreml-Linie abweichende Darstellung des Krieges in der Ukraine mit Bußgeldern und bis zu 15 Jahren Haft belegen. Nicht nur die wenigen unabhängigen russischen Medien löschten oder zensurierten im Nachgang dieser Gesetze ihre Inhalte zur Invasion oder beendeten ihre Tätigkeit ganz. Auch die meisten europäischen und amerikanischen Medien stellten aufgrund dieser Gesetze vorerst oder teilweise ihre Berichterstattung aus ihren Studios auf russischem Gebiet ein. Die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadsor drosselte und blockierte den Zugang zu sozialen Medien wie Facebook, Instagram oder dem Kurznachrichtendienst Twitter, und am 21.3 wurde der Meta-Konzern, zu dem Facebook und Instagram gehören, als »extremistisch« erklärt. Unabhängige Berichterstattung in Russland, insbesondere der Konsum von Inhalten jenseits des offiziellen Kreml-Narratives eines russischen Befreiungseinsatzes in der Ukraine, bleibt nur noch denen mit Umgehungs-technologien vertrauten in der Illegalität offen. So darf der russische Angriffskrieg in Russland nicht mehr als Krieg bezeichnet werden: Wer das böswillig erlogene Narrativ der »Spezialoperation« und der »Entnazifizierung« verlässt, macht sich nicht nur juristisch strafbar, sondern gilt zugleich als Verräter. Über die Art und Weise der völkerrechtswidrigen Kriegsführung, bei der wiederholt und gezielt zivile Ziele wie Schulen, Krankenhäuser, Wohnsiedlungen, Kirchen oder Universitäten, ja selbst Geburtsstationen und vereinbarte Fluchtkorridore aus den von Russland belagerten ukrainischen Städten beschossen und zerstört werden, soll offenbar nicht wahrheitsgetreu berichtet werden. Dabei ist es die russische Propaganda selbst, die nicht selten Assoziationen mit dem Nationalsozialismus weckt. So spricht Präsident Putin am 16. März öffentlich von »Verrätern« und »Abschaum« und ist »überzeugt, dass eine natürliche und notwendige Säuberung der Gesellschaft unser Land [...] nur stärken wird«. Dabei sieht er sich selbst dazu auserkoren, »die Ukraine-Frage« zu lösen.

Alles lange bekannt, aber nicht(s) verstanden

Der russische Soziologe Lew Gudkow hatte diese durchaus faschistisch anmutenden Töne Putins, die in der russischen Gesellschaft vom Staat schrittweise etabliert wurden und werden, als *Neotradimus* bezeichnet: ein mythologisches Ideal von der Ursprungserzählung des russischen Staates wird als nicht endender Kampf des puren Guten gegen auswärtige Feinde illusioniert. Als

erste strukturgebende Instanz diesbezüglich wäre die *Kommission gegen Versuche, die Geschichte zum Nachteil der Interessen Russlands zu fälschen* zu nennen, die zwischen 2009 und 2012 bestand und vom Auslandsgeheimdienstchef Sergej Naryschkin geleitet wurde. Ab 2012 wird der staatliche Geschichtsrevisionismus, der sogleich in die Ausbildung der Eliten über die Hochschulen und Kulturvermittlung stattfinden soll, unter Naryschkins Leitung über die *Russländische Historische Gesellschaft* fortgesetzt. Doch trotz dieses auch durch die Elite getragenen oder bereitwillig selbstgehegten *Neotradimus* zeigt gerade das Beispiel Naryschkins, dass die Entscheidung für die Ausweitung des Krieges auf die gesamte Ukraine die Entscheidung Putins war: Während der im Nachgang öffentlich übertragenen und als Liveübertragung deklarierten Sicherheitsratssitzung vom 21. Februar, bei der es formal um die Anerkennung der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk ging, führte Putin den offenbar ahnungslosen Naryschkin wie ein strenger Lehrer einen kleinen Schuljungen vor. Insgesamt holte er sich dabei öffentlich die Zustimmung seiner versammelten Machtelite, zeigte dem In- und Ausland seine Dominanz gegenüber seiner Gefolgschaft und setzte damit die Interpretationsrahmen seiner Entscheidungen. Die Anerkennung sollte auch die nicht besetzten Gebiete, sondern von der Ukraine kontrollierten Territorien der Donezker und Luhansker Oblast umfassen. Damit wurde der Bruch der Minsker Vereinbarungen und letztlich die faktische Offenlegung des Krieges manifestiert.

Das Geschichtsbild Putins zur russischen und ukrainischen Geschichte ist durch seine Aufsätze (bzw. durch die seiner Zuarbeiter), im Grunde bekannt. Bereits in seinem Essay »Über die historischen Beziehungen zwischen Russen und Ukrainern« vom 12. Juli 2021 spricht er von *einem* Volk – und damit der Ukraine ihre Eigenständigkeit ab. Ein Jahr zuvor anlässlich des 75. Jahrestages des Kriegsendes verschickte die russische Botschaft in Deutschland eine Sammelmail an zahlreiche Osteuropahistoriker mit Putins revisionistischer Sicht auf die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg als »Lektüreempfehlung« für ihre Lehre. Darin wurde unter anderem eine Rechtfertigung des Hitler-Stalin-Paktes skizziert. Putins öffentliche Auftritte, die bisher gerne weggelächelt wurden, sind in der Retrospektive faktisch als kleine Testballons der Akzeptanz dieser Weltsicht zu bewerten. Man erinnere sich nur an Wladimir Putins Besuch der österreichischen Wirtschaftskammer 2014 kurz nach der Annexion der ukrainischen Halbinsel Krim, wo Scherze über eine Aufteilung der Ukraine für Erheiterung der Wirtschaftsvertreter gesorgt hatten. Ganz zu schweigen von dem von der Bundesregierung forcierten Bau der zweiten Unterseegasleitung Nord Stream 2 im Mai 2015. Kurz darauf,

im September 2015, beginnt Russland seine militärische Operation in Syrien auf der Seite von Baschar al-Assad, während der Pseudobürgerkrieg im Osten der Ukraine weiterhin durch Moskau geschürt wurde.

Es musste erst zum offenen Krieg in der gesamten Ukraine kommen, bis eine ernsthafte und realistische Auseinandersetzung mit der Politik Russlands unumgänglich wurde und seitens der Bundesregierung, die über Jahre besonders nachsichtig mit dem Kreml umging, eine »Zeitenwende« deklariert wurde. Dabei konnte man diese Entwicklung kommen sehen, wenn man nur wollte, und tatsächlich haben vor allem Mittel- und Osteuropäer, aus langer und oft schmerzhafter eigener Erfahrung mit Russland, genau davor gewarnt.

Warum gerade jetzt?

Doch warum kommt diese unverhohlene Eskalation Putins gerade jetzt, Anfang 2022? Das lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Da wäre unmittelbar das Ende der Olympischen Winterspiele in Peking am 20. Februar 2022 zu nennen. Im Vorfeld gab es bereits die Annahme, dass der Staats- und Parteichef Chinas Xi Jinping und Russlands Präsident Wladimir Putin den Invasionsbeginn abgestimmt haben. Xi bat wohl Putin darum bis nach dem Ende »seiner« Spiele zu warten. Dies lässt sich nicht belegen, jedoch hatten China und Russland am 4. Februar eine gemeinsame Erklärung abgegeben bei der sie von einer »Neuverteilung der Macht in der Welt« sprachen und sich zusammen öffentlich gegen den Westen positionierten.

Die ersten Truppenverlegungen und militärischen Manöver hatten wie eingangs erwähnt bereits Anfang 2021 begonnen. Im Sommer wurde dann Putins Essay über die »Historische Einheit von Russen und Ukrainern« veröffentlicht und ab November 2021 folgte der signifikante Aufmarsch russischer Truppen entlang der ukrainischen Grenze – spätestens hier wäre der Zeitpunkt gewesen in Europa, in Deutschland, sich ernsthaft mit der Kriegsgefahr beschäftigen zu müssen. Es ist davon auszugehen, dass neben dem grundsätzlich vorhandenen imperialen Elitenkonsens in Russland die Entscheidung zum Eroberungskrieg durchaus viele persönliche Elemente in Bezug auf Putin selbst hat. Er hat seine außenpolitische Linie im Nachgang zum Irak-Krieg 2003, aber vor allem im Zusammenhang der Orangen Revolution 2004/05 in der Ukraine geändert und womöglich ab da auch manifestiert. Zuvor hatte sich diese Linie von dem russischen sicherheitspolitischen Establishment, das sich seinerseits ab den 1990ern um den Rat für Außen- und Verteidigungspolitik (SVOP) organisiert hatte, durchaus unterschieden. Hier wären bspw. die Abkehr von der neuen Konfrontationslinie gegenüber dem Westen von Ewgenij Primakow Ende der 1990er zu nennen, oder der Ver-

such einer Annäherung im Rahmen des »War on Terror« Anfang der 2000er.

Vereinfacht lässt es sich so formulieren: die gegenwärtig offensichtlich gewordene Konfrontationslinie Russlands gegenüber dem Westen formierte sich bereits seit den frühen 1990ern bei den sich allmählich wieder konsolidierenden Vertretern der ehemals sowjetischen Machtstrukturen. Putin ist zwar ein ehemaliger KGB-Offizier, gehörte aber nicht zu dieser Elite dazu und hatte auch aufgrund seiner Ausbildung und seines Lebenslaufs keine Berührung mit dem konkreten Gedankenkonstrukt der Disziplin der internationalen Beziehungen und den daraus abgeleiteten Handlungen. Erst als Präsident beginnt er sich mit dieser Gedankenwelt zu beschäftigen. Es war 2003, als sich Putin persönlich vom Westen abwendet und anschließend mit dem Idekosmos der postsowjetischen Sicherheitseliten zusammenkommt. Denn die Anbiederung im Rahmen des »War on Terror« scheiterte für Putin mit dem Irak-Krieg. Schließlich katalysierte die ukrainische Orange Revolution 2004/05 Putins Turn, denn diese war, genauso wie für die postsowjetischen Sicherheitseliten, auch in seiner Vorstellung schon immer russisch gewesen. Sein Handeln folgt seit dieser Zeit dem Interpretationsrahmen der Gedankenwelt der postsowjetischen Sicherheitseliten. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, wo Putin seine neue revisionistische Politik erstmals öffentlich verkündet, ist die Fusion bereits vollendet. Ab 2008 finden sich verstärkt auch personell die Protagonisten dieser Ideen in seiner Machtvertikale wieder. Deutlich zum Ausdruck kommt die neue revisionistische Außenpolitik Putins erstmals im Krieg 2008 gegen Georgien, wo russische Truppen übrigens bis heute stationiert sind und etwa 20 Prozent des georgischen Territoriums kontrollieren.

Die russlandweiten Proteste gegen die gefälschten Regionalwahlen 2020 und gegen die »Annullierung« der Amtszeit des Präsidenten, die Putin eine Machtperspektive bis 2036 eröffnet, die von Alexei Nawalny (Kluges Wählen) organisiert wurden, sowie die landesweiten Proteste in Belarus wegen der zu Gunsten von Aljaksandr Lukaschenka gefälschten Präsidentschaftswahlen, bestätigten die für den Kreml charakteristische Weltsicht in einer belagerten Festung zu sein; und folglich die Angst vor einem Umsturz in Russland. Die Proteste in Kasachstan Anfang dieses Jahres haben die mutmaßlich bereits zuvor getroffene Entscheidung einer Invasion im Rahmen dieser Gedankenwelt sicherlich nur bekräftigt. Dies waren die finalen Trigger zum offenen Bruch mit dem Westen, ohne Rücksicht auf diplomatische Etikette, internationale Isolierung oder wirtschaftliche Sanktionen. Vielmehr werden nun die tatsächlich gedachten und zuvor publizierten Interpretationsmuster konsequent in die Tat umgesetzt: In dieser Welt

handelt es sich demnach nicht um einen Krieg, sondern um eine »Befreiung«, »Denazifizierung« usw. und sie findet auch nicht nur im Ausland statt, sondern auf rechtmäßig ureigenem Territorium. Der vorerst letzte Höhepunkt wurde am 18. März inszeniert, gut drei Wochen nach Kriegsbeginn in der Ukraine: Im Moskauer Luschniki-Stadion fand anlässlich des 8. Jahrestags der Krim-Annexion eine feierliche Show statt, bei der bereits die Annexion von weiteren Staaten wie Moldau besungen wurde.

Ausblick

Putins Russland allein ist für diesen unprovokierten, ungerechtfertigten und völkerrechtswidrigen Angriff auf die Ukraine verantwortlich. Der Kreml hat das seit dem Ende des Kalten Krieges in Europa bestehende Sicherheitssystem mutwillig zerstört. Spätestens jetzt wird auch im öffentlichen Diskurs nicht mehr von einer Ukraine-, sondern von einer Russlandkrise gesprochen. Konkrete physische Grenzen sind dem Putin-Regime noch zu setzen. Echte Friedenverhandlungen werden

vom Putin-Regime erst dann geführt werden, wenn es von den Rahmenbedingungen her nicht anders kann.

Die Gedankenkonstrukte der postsowjetischen Sicherheitseliten, die vielfach auch die Diskurse im Westen bestimmen, müssen aufgearbeitet und widerlegt werden. Dies ließe sich im Rahmen der politischen Bildung gestalten, welche sich sodann mit dem Abbau der vom russischen Staat im In- und Ausland verbreiteten Kreml-Narrative beschäftigen müsste.

Für die Ukraine geht es aktuell um nicht weniger als um ihre Existenz und Zukunft als Staat und Nation und um die Rolle der Nachkriegsukraine in Europa. Andersherum wird das ukrainische Schicksal auch die Betrachtung, Fähigkeit und Attraktivität der EU und der westlichen Gemeinschaft weltweit auf Jahrzehnte prägen. Daher sollte allen voran die EU ein intrinsisches Interesse daran haben, Russlands Krieg in der Ukraine mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln – weitere gezielte Sanktionen gegen Russland, wirtschaftliche, finanzielle, humanitäre und (defensive) militärische Hilfe für die Ukraine – schnellstmöglich zu beenden.

Über den Autor

Dr. Felix Riefer studierte Politikwissenschaften, Regionalstudien Ost- und Mitteleuropas und Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln und an der Sciences Po – Paris School of International Affairs (PSIA) und promovierte zur russischen Außenpolitik. Schwerpunkte seiner Arbeit sind der postsowjetische Raum und die Forschung zu russlanddeutschen (Spät)-Aussiedlern. Kürzlich erschien sein Buch *Russlands Außenpolitik unter Putin 2000–2018: Welchen Einfluss haben russische Think Tanks auf die auswärtige Politikgestaltung des Kremls?* im VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2020. DOI: 10.1007/978-3-658-32545-9.

Lesetipps

- *Aktuelles zum Krieg gegen die Ukraine* ISPK Institut für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität Kiel, abrufbar unter: <https://www.ispk.uni-kiel.de/de/aktuelles/aktuelles-zum-krieg-gegen-die-ukraine>
- *Ukraine Conflict Updates* ISW Institute for the Study of War Washington, abrufbar unter: <https://www.understandingwar.org/backgrounder/ukraine-conflict-updates>
- OWD-Info *No to war. How Russian authorities are suppressing anti-war protests*, abrufbar unter: <https://reports.ovdinfo.org/no-to-war-en>
- Martin Schulze Wessel für Zentrum Liberale Moderne vom 27. Juli 2021 *Putins bedrohliche alternative Geschichtsschreibung*, abrufbar unter: <https://libmod.de/putins-bedrohliche-alternative-geschichtsschreibung-schulze-wessel/>
- Gudkov, L., & Zorkaja, N. (2017). *Instrumentalisieren, Klittern, Verdrängen: Russlands unerwünschtes Revolutionsjubiläum*. OSTEUROPA, 67(6–8), S. 19–42.
- Andreas Kappeler *Revisionismus und Drohungen. Vladimir Putins Text zur Einheit von Russen und Ukrainern*, OST-EUROPA 7/21, abrufbar unter: <https://zeitschrift-osteuropa.de/hefte/2021/7/revisionismus-und-drohungen/>.

KOMMENTAR

Keine Kompromisse mit dem neofaschistischen Russland

Kateryna Zarembo (New Europe Center, Ukraine)

Es ist unglaublich zynisch und dennoch wahr: Im Laufe der großangelegten russischen Invasion hören Ukrainer immer wieder aus einigen Ländern des Westens, und insbesondere auch aus Deutschland, die Frage: »Warum ergebt ihr euch nicht?«. Andrij Melnyk, der ukrainische Botschafter in Deutschland, wurde in der Fernsehtalkshow *Maybrit Illner* sogar gefragt, wie viele zivile Opfer die Ukraine bereit sei »in Kauf zu nehmen« (als ob die Ukraine und nicht Russland für Tausende ziviler Opfer auf ukrainischem Boden verantwortlich sei). Andere Varianten des gleichen Narrativs lauten: »Die Ukraine will keinen Waffenstillstand/Kompromiss mit Russland«.

Das verdeutlicht lediglich die Tatsache, dass Menschen, die diese Ansicht teilen, Russland und dessen wahre Absichten nicht begreifen. Das ist umso ironischer, als dass das heutige Russland viele Ähnlichkeiten mit faschistischen Regimen wie dem Nazi-Regime seinerzeit in Deutschland aufweist – besonders Deutschland sollte das erkennen.

Man sollte gut auf die Wortwahl achten. Russland behauptet, es wolle die Ukraine »entnazifizieren«. Allerdings wird dieser Begriff pervertiert. Während Russland sein Kriegsziel, die Ukraine, als nazistisch bezeichnet, ist das Land selbst zum Inbegriff des Neofaschismus geworden – in seiner aktualisierten, russischen Form, mit vielen Parallelen zu Hitlers Drittem Reich: Wladimir Putin hat die endgültige »Lösung der ukrainischen Frage« angekündigt, ganz wie Hitler die Lösung der Judenfrage verkündet hatte. Das Volk der Ukrainer:innen wird in Russland als Untermenschen (»Kleinrussen«) betrachtet. Und was Russland mit der Ukraine vorhat, ist ein Vernichtungskrieg, mit Gefängnis und vermutlichen Todeslisten für jene, die abweichender Meinung sind. Der Krieg gegen die Ukraine hat auch seine eigenen Symbole hervorgebracht: Das »Z« wird zu einem neuen, hakenkreuzartigen Symbol in Russland.

Die Philosophie dieses Krieges ist von Wolodymyr Jermolenko treffend erfasst worden, der beobachtete, dass wenn man für Russland ein Nazi ist, dies einfach bedeutet, dass man eine eigenständige ukrainische Identität hat (in Bezug auf Sprache, Kultur usw.). Gleichzeitig ist Ivan Krastev der Ansicht, dass für Putin diejenigen Nazis sind, die sich dem »ewigen Russland« entgegenstellen. Also haben die Ukrainer:innen aus Sicht Putins keine Wahl: Sie sollen entweder wie Russen sein (und somit aufhören als eigene Nation zu existieren), oder sie sind Nazis und gehören vernichtet.

In Wirklichkeit ist es Russland, und nicht die Ukraine, das keinen Kompromiss sucht. Russland will die gesamte Ukraine kontrollieren (und wird womöglich nicht an der ukrainischen Grenze haltmachen). Russlands Ziel gegenüber der Ukraine besteht in einer »Entmilitarisierung« (also einem Ausschluss jeder Möglichkeit, sich selbst zu verteidigen), einer »Entnazifizierung« (also wie erwähnt einer Beraubung des Landes jeglicher Identität), einer »Neutralität« (also einer Einschränkung seiner Souveränität bei außenpolitischen Entscheidungen) und in einer Anerkennung der Annexion der Krim sowie der »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk in der Ostukraine (wodurch die Verletzung der territorialen Integrität des Landes zementiert würde). Russland wird also jeden halben Schritt lediglich als provisorisch betrachten, als eine Pause, die es dazu nutzen kann, sich neu aufzustellen, um dann erneut angreifen zu können.

Wir haben das bereits acht Jahre lang beobachten können. Seit der russischen Aggression 2014 hat Russland keine stabile Feuerpause eingerichtet, ganz zu schweigen von einer Entflechtung oder einer Entwaffnung der Truppen im Donbas, was eine der zentralen Bestimmungen der Minsker Abkommen darstellt. Also wird jede Art von Waffenstillstand, falls sich gleichzeitig noch russische Truppen auf ukrainischem Territorium befinden, von Russland dazu genutzt werden, seine Stellungen in den besetzten Gebieten zu festigen und sich auf die nächste, noch heftigere und brutalere Runde des Krieges vorzubereiten. Darüber hinaus könnte Russland versuchen, dem Westen einen solchen »Waffenstillstand« als einen Grund zu verkaufen, die Sanktionen zu lockern. Das ist etwas, was Russland verzweifelt benötigt, um seine siechende Wirtschaft aufrecht zu erhalten.

Das ist auch der Grund, warum es keine Option sein kann, die euroatlantische Integration der Ukraine bei Verhandlungen zur Disposition zu stellen. Die Neutralität, die Russland von der Ukraine fordert, ist ein wichtiger Schritt, um die Hörigkeit der Ukraine sicherzustellen. Sobald die Ukraine ihr Streben nach euroatlantischer Integration auf Verlangen eines anderen Staates aufgibt, würde dies eine Beschränkung der eigenen Souveränität bedeuten. Es geht nicht um die Frage, ob die NATO bereit ist, die Ukraine aufzunehmen. Es geht um eine unabhängige Entscheidung über die Richtung einer Integration – um den freien Willen der Ukraine, ihre Außenpolitik selbst zu gestalten. Es sei daran erinnert, dass Russland die Ukraine 2014 angriff, als diese neutral war. Somit ist Russlands »Furcht«, dass die NATO auf ukrainisches Territorium vorrücken könnte, nichts

weiter als ein Vorwand für den jetzigen Angriff, nicht aber dessen wahre Ursache.

Erwähnt werden sollte hier auch, dass es bei der russischen Aggression im Donbas keineswegs nur um die Gebiete Donezk und Luhansk gegangen ist. In Wirklichkeit wollte Putin die besetzten Gebiete als Hebel zur Kontrolle der gesamten Ukraine einsetzen. Das ist auch der Grund, warum in den Minsker Abkommen eine de facto-Föderalisierung und Änderungen an der ukrainischen Verfassung vorgesehen sind.

Wer der Ansicht ist, ein Waffenstillstand würde weitere Opfer verhindern, liegt falsch. Die Geschichte hält einige Analogien parat: Polen ergab sich 1939 Nazi-Deutschland, nach dem die Zahl der Opfer 100.000 erreicht hatte. Danach kamen weitere 5 Millionen Pol:innen ums Leben. Auch in Dänemark, Belgien und den Niederlanden gab es nach der Kapitulation einen exponentiellen Anstieg der Todeszahlen. Wenn sich die Ukraine jetzt ergibt, würde ihr ein ähnliches Schicksal drohen. Die besetzten Gebiete würden mit Terror überzogen werden. Wer daran zweifelt, sollte sich die Berichte aus den belagerten Städten ansehen: Dem Bürgermeister von Mariupol zufolge sind Tausende Bewohner:innen aus der belagerten Stadt zuerst in Lager verbracht und dann zwangsweise nach Russland deportiert worden. In den besetzten Städten Berdjansk, Nowa Kachowka, Skadowsk, Wolnowacha und Melitopol werden bereits Angehörige des öffentlichen Dienstes, Journalist:innen und Aktivist:innen vermisst (siehe auch Erklärung der Kyjiwer Gespräche in dieser Ausgabe, Anm. d. Red.). Menschen, die die russische Besatzung überlebt haben, berichten von Menschen- und Kriegsverbrechen durch russische Soldaten, etwa von Vergewaltigungen und wahllosen Tötungen von Zivilisten, auch von Kindern. Die jüngste Geschichte der besetzten Teile der Gebiete Donezk und Luhansk ist ebenfalls voll von solchen Beispielen, wobei das Geheimgefängnis »Isolazija« in der »Volksrepublik« Donezk zu einem Symbol für diese Gräueltaten wurde. In dem gerade auf Deutsch erschienenen Buch »Heller Weg. Geschichte eines Konzentrationslagers im Donbas 2017–2019« ist mehr über diese Untaten zu lesen. Autor ist der preisgekrönte ukrainische Schriftsteller und ehemalige Insasse des Gefängnisses, Stanislaw Asejew.

Auch diejenigen, die Russlands militärische Macht fürchten und auf einen militärischen Sieg Russlands in diesem Krieg setzen, liegen falsch. Das Pentagon war bemerkenswert präzise bei der Vorhersage des Zeitpunktes der russischen Invasion, irrte sich jedoch hinsichtlich der Widerstandskraft der Ukraine. Die Hauptstadt Kyjiw hält immer noch stand und ist weit davon entfernt, eingeschlossen oder belagert zu sein, und Russland hat in 25 Tagen des Krieges nur eine Gebietshauptstadt einnehmen können. Dem Chef des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte zufolge hat Russland in über drei

Wochen mehr als 14.500 Militärangehörige verloren, was die russischen Verluste in den beiden Tschetschenienkriegen und die sowjetischen Verluste in dem zehnjährigen Krieg in Afghanistan (1979–1989) übersteigt. Das bedeutet zweierlei: Der Westen hat einerseits die russische Armee erheblich überschätzt und andererseits die ukrainischen Streitkräfte (und das, wozu sie mit westlichen Waffen in der Lage sind) unterschätzt. Auf eine Niederlage der Ukraine zu setzen, wäre also ein Fehler.

Ein anderer Fehler wäre es, wenn man glaubt, dass es allein »Putins Krieg« ist, wie Olaf Scholz kürzlich annahm. In Wirklichkeit unterstützt eine große Mehrheit in Russland vehement ihren Anführer beim Krieg gegen die Ukraine, von Universitätsrektoren bis zu olympischen Stars. Dem »Allrussischen Zentrum für die Erforschung der öffentlichen Meinung« (WZIOM) zufolge unterstützen 71 Prozent der Russ:innen den Krieg gegen die Ukraine, der als »Spezialoperation« bezeichnet wird (auch wenn, wie angenommen werden muss, einige Menschen in Russland Angst haben, sich gegen den Krieg auszusprechen, und deshalb lieber schweigen, was sie nichtsdestotrotz mitschuldig macht). Es ist eben nicht Putin, der im Moskauer Luschniki-Stadion russische Flaggen zur Feier des Jahrestages der Krim-Annexion schwenkt, sondern 200.000 Russ:innen. Es ist auch nicht Putin selbst, der die Bomben auf das Theater in Mariupol wirft, vor dem in großen Lettern »Kinder« geschrieben steht, sondern es sind russische Soldat:innen, die diesen Krieg möglich machen (Anm. der Red: Bei dem Angriff auf das Theater sollen mehr als 300 Menschen getötet worden sein).

Die Deutschen wissen sehr wohl, was kollektive Verantwortung bedeutet. Diese sollte allerdings klar von kollektiver Schuld unterschieden werden. Die Schuld wird individuell und vor Gericht festgestellt. Die kollektive Verantwortung für die russischen Verbrechen in der Ukraine jedoch muss vom ganzen Volk Russlands übernommen werden. Es wird Jahre brauchen, wie es in Deutschland Jahrzehnte brauchte (und es erfolgte zu großen Teilen durch eine erzwungene »Umerziehung« durch die Alliierten...). Allerdings ist es höchste Zeit, dass Deutschland aufhört, sich von seiner Schuld gegenüber Russland blenden zu lassen. Das heutige Russland könnte an Bösartigkeit womöglich weitergehen als Nazi-Deutschland, wenn man es ließe.

Schließlich ist es höchste Zeit, dass die NATO die russischen Drohungen gegenüber dem Bündnis selbst ernstnimmt. Putin hat gefordert, dass sich die NATO auf ihre Grenzen von 1997 zurückzieht. Einer Umfrage der Active Group zufolge würden 86,6 Prozent der Russ:innen eine bewaffnete Invasion in andere europäische Länder unterstützen, und 75,5 Prozent meinen, Polen sollte als nächstes dran sein.

Während sich der Krieg im restlichen Europa vor allem in steigenden Lebensmittel- und Heizungspreisen

manifestiert, fühlt er sich in der Ukraine bereits wie ein Dritter Weltkrieg an, mit permanentem Beschuss ganzer Städte und Dörfer, Tausenden zivilen Opfern und mehr als zehn Millionen Flüchtlingen. Es gibt nur einen Weg zu verhindern, dass der Krieg in andere europäische Länder überschwappt, nämlich die Ukraine mit allen Mitteln zu unterstützen: Die Ukraine sollte mit modernen Systemen zur Luft- und Raketenabwehr ausgestattet werden, mit Drohnen, Kampffjets, Panzerabwehrraketen und Schiffsabwehrwaffen.

Der Ukraine sollte auch den Status eines EU-Beitrittskandidaten erhalten, mit einem Eilverfahren für eine Mitgliedschaft. Das würde nicht nur das Signal aussenden, dass die Ukraine kein Teil der Russischen Welt sein wird, es wäre auch ein klares Signal an die ganze Welt, von wem die EU denkt, dass der Krieg gewonnen

wird. Wieso sollte man schließlich einem Land einen Kandidatenstatus für die EU verleihen, das alsbald aufhören könnte zu existieren? Weitere Argumente für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine sind in einer Serie von [Infografiken](#) des New Europe Centers aufgeführt.

Auf einen Kompromiss mit Putins faschistischem Russland zu setzen, wäre ähnlich, wie auf einen Kompromiss mit Nazi-Deutschland zu setzen. Der einzige Ausgang des Krieges, den der Westen anstreben sollte, ist eine Niederlage Russlands. Sollte hingegen die Ukraine im Gegenzug für einen zeitweiligen Waffenstillstand aufhören sich zu verteidigen, werden die Folgen nur noch schwerwiegender sein, sowohl für die Ukraine wie für den Rest der Welt.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über die Autorin

Dr. *Kateryna Zarembo* ist Associate Fellow am New Europe Center und Lektorin an der Nationalen Universität Kyjiw-Mohyla-Akademie in der Ukraine.

Lesetipp/Bibliographie:

Jason Stanley, Eliyahu Stern: Putin's Fascism. The admiration of religious traditionalism and hatred of cosmopolitan liberalism is part of the Kremlin's fascist ideology. Tablet, 21.02.2022, <https://www.tabletmag.com/sections/news/articles/putins-fascism>.

DEKODER

Wie kann man diesen Krieg beenden?

Einleitung von dekoder:

Wie kann man Putin stoppen? Wie, durch wen und wann sich der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beenden lässt, ist derzeit – man muss das so deutlich sagen – vor allem Gegenstand von Spekulationen. Eine Antwort gibt es darauf (noch) nicht. Aber es gibt Handlungsoptionen und Instrumente, die die russische Führung dazu bringen könnten, militärisch einzulenken:

Grundsätzlich besteht die Chance, einen Krieg diplomatisch zu beenden. Ziele der Verhandlungen sind: humanitäre Aufgaben wie etwa die Evakuierung von Städten, eine (vorübergehende) Waffenruhe bis hin zu einer »echten« Beilegung des Kriegs.

Derzeit werden auch Zwangsmaßnahmen diskutiert, vor allem fordert die ukrainische Regierung die umstrittene Option einer Flugverbotszone, um Russland die Möglichkeit zu nehmen, seine Luftangriffe fortzusetzen. Andere Zwangsmaßnahmen sind die weitreichenden Sanktionen der internationalen Staatengemeinschaft gegen Russland, die längst in Kraft sind und sukzessive erweitert werden.

Ob der Krieg aus Russland heraus selbst beendet werden kann, wirft derzeit vor allem die Frage auf: Kann es eine Elitenspaltung im Land geben? Also eine Art »Palastrevolte« gegen Präsident Wladimir Putin, die ihm die Befehlsgewalt im Kreml und damit über diesen Krieg nimmt und den politischen Kurs Russlands wendet?

In unserem FAQ, das Stück für Stück weiter wachsen wird, sammeln wir zentrale Fragen zum Krieg und lassen sie von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern beantworten.

1. Wie viel Hoffnung können wir in die Diplomatie setzen?

Es gibt nicht viel Hoffnung auf eine schnelle diplomatische Lösung. Laufende Verhandlungen – wie es sie derzeit zwischen Russland und der Ukraine gibt – liefern noch keine Sicherheit, dass am Ende eine tragfähige Übereinkunft zwischen den Konfliktparteien stehen wird. Mit dem Angriffskrieg Russlands – einer Atommacht mit permanentem Sitz im UN-Sicherheitsrat – gegen die Ukraine haben wir es mit einem zwischenstaatlichen Großkonflikt zu tun, für dessen Lösung es keine Blaupause gibt.

Einige Optionen waren mit Russland als Aggressor zudem von Beginn an versperrt: Mit Russland als Vetomacht im UN-Sicherheitsrat besteht keine Möglichkeit, dort verbindlichen Resolutionen zuzustimmen, um den Verhandlungsweg zu erzwingen. Daher – und das zeichnete sich auch schon früh ab – werden voraussichtlich Dritte als Vermittler eine besondere Rolle spielen. Dafür kommen derzeit Israel und die Türkei in Frage – also Staaten und ihre Staatsoberhäupter, zu denen sowohl die Ukraine als auch Russland gute Beziehungen unterhalten.

Um jedoch das Fenster für eine umfassende und dauerhafte diplomatische Lösung aufzustoßen, ist der sogenannte Moment der »Reife« nötig: Der tritt zum Beispiel dann ein, wenn keine der Parteien mehr in der Lage ist, den Krieg aus eigenen Kräften militärisch zu entscheiden und deswegen hofft, am Verhandlungstisch mehr zu erreichen als auf dem Schlachtfeld. Mit Blick auf die öffentlich bekannten Maximalforderungen Russlands – und dem ungebrochenen Willen auf ukrainischer Seite Widerstand zu leisten – ist nicht zu erwarten, dass die Konfliktparteien aktuell zu dem Schluss kommen, dass dieser Punkt erreicht ist. Ebenso wenig zeichnet sich bisher ab, dass eine Seite einen Grad militärischer Überlegenheit erreicht, der ein Ende des Krieges herbeiführt, weil eine Seite der anderen die Bedingungen diktieren kann.

Es ist also mit einem länger währenden Verhandlungsprozess mit Fort- und Rückschritten zu rechnen, parallel zu andauernden Kampfhandlungen und vor allem mit Opfern unter der Zivilbevölkerung.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

2. Es laufen bereits Verhandlungen mit Russland: Aber inwieweit kann man einem Aggressor überhaupt vertrauen?

Das ist eben die Frage. Es besteht ein Vertrauensdilemma, aus dem es keinen einfachen Ausweg gibt. Russland – davon ist mit Blick auf die bisherigen Verhandlungserfahrungen vor und nach Kriegsbeginn auszugehen – ist keine vertrauenswürdige Verhandlungspartei.

In einem solchen Vertrauensdilemma vermischen sich zwei verschiedene Fragen: Erstens wie sich ein Krieg beenden lässt und zweitens wie mit Aggressoren und Kriegsverbrechern umzugehen ist. Das Dilemma kann jedoch nicht dadurch aufgelöst werden, keine Gespräche zu führen.

Für ein mögliches Verhandlungsergebnis zwischen Russland und der Ukraine heißt das: Weil das Vertrauen auf Zusagen besonders schwach sein wird, braucht es umso mehr ganz konkrete und effektive Sicherheitsgarantien für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine. Das beinhaltet Mechanismen, durch die überwacht werden kann, dass ein Friedensabkommen umgesetzt wird: mögliche Verstöße müssen gehandelt und Streitpunkte geschlichtet werden können, zum Beispiel unter Einsatz von Internationalen Organisationen.

Die Frage, ob Kriegsverbrecher Friedensabkommen verhandeln können, ist kein Novum. Sie stand in Kriegen jüngerer Zeit wiederholt im Raum: zum Beispiel als Omar al-Baschir im Darfur-Konflikt als damaliger sudanesischer Staatspräsident Verhandlungspartner war, oder Slobodan Milosevic bei der Verhandlung des hochkomplexen Daytoner Abkommens.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

3. Wer spricht wann mit wem – und was heißt das überhaupt?

Das heißt eine Menge: Daran, wer wann mit wem spricht, lässt sich ablesen, ob sich wirklich eine tragfähige Lösung für einen Konflikt abzeichnen könnte. Denn: Generell geht man davon aus, dass haltbare Ergebnisse allenfalls bei Verhandlungen auf höchster Ebene, also zwischen Präsidenten, zustandekommen. Ein Treffen zwischen dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin – gar begleitet von einem symbolischen Händedruck – wäre also ein starkes Zeichen. Vor allem Russland wird dies aber strategisch hinauszögern. Jedenfalls solange es die Lage auf dem Schlachtfeld und die wirtschaftliche sowie politische Lage in Russland ermöglicht. Für Selensky wäre ein solches Zusammentreffen von großer Wirkung, da Putin ihm bisher nicht auf Augenhöhe begegnet ist und ihn öffentlich als »Neonazi« verunglimpft hat.

Dazu muss man wissen: Es gehört zur Anbahnung diplomatischer Lösungen dazu, dass Gespräche zwischen den Konfliktparteien häufig auf mittlerer, also nicht ranghoher Ebene beginnen. So nehmen militärische und politische Repräsentanten – aber nicht die Führung – daran teil und verhandeln häufig zunächst vor allem Fragen zur Regulierung des Kriegsverlaufs, etwa Fragen zur Evakuierung von Städten oder zu Waffenruhen (die aber schnell gebrochen werden können).

Obwohl das alles zumeist unter dem Siegel der Verschwiegenheit abläuft, ist es trotzdem Teil dieses Prozesses, die öffentliche Bühne zu nutzen, um zum Beispiel Themen zu setzen. Das geschieht, indem Forderungen und Vorschläge von beiden Seiten publik gemacht werden: Lanciert wird zum Beispiel, es sei eine neutrale Ukraine denkbar und im Gegenzug der Abzug russischer Truppen. Das zeigte sich Mitte März besonders deutlich, als ein möglicher 15-Punkte-Plan der Verhandlungsparteien mit diesen Details an die Presse kam – und dann breit als vermeintlich positives Signal diskutiert wurde. Dabei liegen die öffentlich bekannten Forderungen beider Seiten weit auseinander: Die Ukraine als angegriffener Staat verlangt den Abzug der russischen Truppen und die Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität – Russland die Anerkennung der ukrainischen Halbinsel Krim als Teil Russlands sowie der sogenannten Volksrepubliken DNR und LNR als unabhängige Staaten.

Für einen aussichtsreichen Verhandlungsverlauf entscheidend ist meist, ob und wann Punkte identifiziert werden können, die tatsächlich eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage liefern – bevor die Gespräche offiziell zu höherrangigen Vertreterkreisen wechseln können.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Stefan Wolff, Institute for Conflict Cooperation and Security, University of Birmingham

4. Können Schutzzonen und humanitäre Korridore ein Schritt zum Frieden sein? Und woran scheitern sie, zum Beispiel in Mariupol?

Schutzzonen sind mögliche Teillösungen, die zwar den Krieg nicht beenden, aber den Tod weiterer Zivilisten verhindern können. Die Konfliktparteien können sich auf solche Zonen oder Korridore entweder als Teil von Friedensverhandlungen oder auch losgelöst davon einigen – nebst Ort, Zeit und Dauer.

Solche Zonen effektiv einzurichten, gelingt in der Ukraine bislang nur teilweise, laut ukrainischer Behörden unter anderem für Sumy und Mariupol.

Das Beispiel der von russischen Truppen stetig angegriffenen Stadt Mariupol zeigt allerdings besonders eindringlich, wie schwierig die Verhandlungen für und das Einrichten solcher Fluchtwege sein können: Dort gab es zwischenzeitlich Angebote von Moskau, Korridore in Richtung Belarus und Russland einzurichten. Das lehnte Kiew ab – und forderte die russische Seite auf, Evakuierungen auch in andere Regionen innerhalb der Ukraine zu ermöglichen. Die Krux: Sobald die Menschen eigenständig in andere Landesteile der Ukraine fliehen und nicht über konkret vereinbarte Fluchtwege, genießen sie nicht mehr den durch den Korridor gesondert vereinbarten Schutz.

Gelingt die Einrichtung solcher Korridore, so heißt das nicht notwendig, dass mit solchen Teillösungen ein Schritt zu einem dauerhaften Waffenstillstand oder gar zu einem Friedensprozess gegeben wäre: Im syrischen Aleppo hat sich seinerzeit beispielsweise gezeigt, dass nach der Evakuierung über humanitäre Korridore eine systematische Bombardierung der Stadt durch russische Streitkräfte erfolgte. Dies wurde damit begründet, dass keine Zivilisten, sondern nur noch rechtmäßige militärische Ziele, darunter »Kombattanten«, in der Stadt verblieben seien. Diese Praxis stieß international auf breite Ablehnung und wurde als weiterer Völkerrechtsbruch gewertet.

Ob dies auch in der Ukraine zu erwarten ist, muss man sehen; es ist aber angesichts des bisherigen russischen Vorgehens nicht auszuschließen.

Anne Dienelt, Institut für Internationale Angelegenheiten, Universität Hamburg

5. Wäre ein Waffenstillstand eine Lösung?

Jein. Waffenruhen und Waffenstillstände sind häufig temporärer Natur. Die Verhandlungspartner definieren, wie lange sie gelten sollen und für welches konkrete Gebiet. Selten bieten sie eine »echte« Lösung, sondern in der Regel nur einen Minimalkonsens, von dem auch unklar ist, wie lange er hält. Für den Moment aber kann ein Waffenstillstand den Tod weiterer Menschen verhindern.

Ein Risiko im Fall eines Waffenstillstands besteht darin, dass die Konfliktparteien die »Kampfpause« dazu nutzen können, sich auszuruhen, sich neu zu ordnen, und dann erneute und häufig noch stärkere Angriffe und Kampfhandlungen vorzubereiten.

Für den Friedensprozess kann ein Waffenstillstand aber eine entscheidende erste Etappe sein – auf zwei Weisen: Erstens kann ein Waffenstillstand zur Voraussetzung gemacht werden, bevor sich Verhandlungspartner überhaupt erst an einen Tisch setzen. Dieses Vorgehen wählte im Moment der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky, indem er eine Feuerpause forderte, bevor es zu direkten Gesprächen zwischen ihm und Wladimir Putin kommen könne.

Zweitens kann ein Waffenstillstand erstes Ziel von Gesprächen auf der obersten Ebene (der Präsidentenebene) sein. Dafür müssen beide Seiten glaubhaft an einem Ende des Kriegs interessiert sein.

Wie sehr ein Waffenstillstand einen zeitlich begrenzten Charakter haben kann, zeigt sich allerdings an den Erfahrungen mit dem Minsker Abkommen zum Krieg in der Ostukraine: Minsk II hat den Krieg dort nicht beendet. Das Abkommen wurde vielmehr zu einem dauerhaften Verhandlungsgegenstand und politischem Pfand zwischen den Konfliktparteien in den Separatistengebieten. Russlands Interesse, darüber weiteren Einfluss auf Kiew auszuüben, stieß auf Gegenwehr in Kiew.

Mit dem 24. Februar 2022 hat Russland begonnen, den zuvor regional auf einen Teil der Ukraine begrenzten Krieg mit seiner brüchigen Waffenruhe zu einem offenen Angriffskrieg auf die gesamte Ukraine auszuweiten.

Cindy Wittke, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)

Anne Dienelt, Institut für Internationale Angelegenheiten, Universität Hamburg

6. Andere »Player« von UN, OSZE bis Europarat – Was kann die Weltgemeinschaft ausrichten?

Bislang verfügen die internationalen Organisationen, in denen Russland und die Ukraine Mitglied sind, über keine Handhabe, mittels derer sie den Krieg unmittelbar beeinflussen könnten.

Der UN-Sicherheitsrat ist durch das russische Veto-Recht derzeit handlungsunfähig. Immerhin wurde aber in der anberaumten Dringlichkeitssitzung der UN-Generalversammlung vor den Augen der Welt über diesen Krieg verhandelt und eine – wenn auch rechtlich nicht bindende – Resolution verabschiedet: Damit weiß Russland nun, dass 141 der 193 UN-Staaten den Einmarsch in die Ukraine verurteilen, sich 35 Staaten enthalten und nur vier weitere an der Seite Russlands stehen. Das sind Belarus, Eritrea, Nordkorea und Syrien.

So nimmt Russland als Preis seines Kriegs in der Ukraine den Weg in die internationale Selbstisolation in Kauf. Das zeigt sich auch daran, dass das Land Mitte März seinem drohenden Ausschluss aus dem Europarat zuvorkam – nach 26 Jahren Mitgliedschaft.

Bleibt noch die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als möglicher einflussnehmender Akteur, deren Vorgängerorganisation KSZE bereits während des Kalten Krieges funktionierte. Fraglos wird Russland in der OSZE scharf verurteilt, aber diese Beschlüsse sind ebenfalls rechtlich nicht bindend. Damit hängen sie vom politischen Willen der Konfliktparteien ab.

Weitere Möglichkeiten der Weltgemeinschaft auf ein Ende des Krieges hinzuwirken, liegen bei den internationalen Gerichten: dem Internationalen Strafgerichtshof (Haager Tribunal) und dem Internationalen Gerichtshof (dem IGH, höchstes UN-Gericht). Mitte März hat der IGH per Eilentscheid Russland aufgefordert, die militärischen Handlungen zu unterbrechen. Da bei Nichtbefolgung von Gerichtshofsurteilen allerdings der aktuell blockierte UN-Sicherheitsrat die zentrale Umsetzungsinstanz wäre, dürfte dies ohne praktische Auswirkung bleiben. Tatsächlich gibt es bislang keine Anzeichen, dass dieser Gerichtsentscheid die russische Kriegsstrategie beeinflussen würde.

Vergebens sind die Entscheidungen und Verträge von UN und OSZE aber nicht: Sie stellen den wichtigsten Bezugsrahmen für einzelstaatliche Bemühungen dar, um sich mit der Ukraine zu solidarisieren sowie um zwischen Russland und der Ukraine zu vermitteln. Die zentrale Handhabe scheint im Moment aber eher bei Waffenlieferungen und den verhängten Sanktionen gegen Russland zu liegen. Im Nachgang eines eventuellen Waffenstillstands könnten die genannten Institutionen aber fraglos wieder eine entscheidende Rolle spielen.

Andrea Gawrich, Justus-Liebig-Universität Gießen

7. Was bringen die Sanktionen?

Mit Sanktionen alleine lässt sich der russische Vormarsch in der Ukraine nicht stoppen. Allerdings ist es möglich, damit den Druck auf das System Putin zu erhöhen, damit es den Krieg selber stoppt. Mittel- bis langfristig können Sanktionen außerdem die militärischen Möglichkeiten Russlands in künftig denkbaren Kriegen oder militärischen Konflikten einschränken.

Bei der Verhängung von Sanktionen geht es um die Fragen, wie schnell sie wirken und wie viel Angriffsfläche es gibt. Die bietet Russland in der Tat – wegen der enormen Abhängigkeit von westlicher Technologie, und auch in Finanzfragen, weil es so tief in das globale Finanzsystem integriert war.

Die Sanktionen wurden innerhalb weniger Tage verhängt. Es ist eine historische Situation: Noch nie wurde ein so großes Land innerhalb so kurzer Zeit so massiv und von so vielen Staaten gleichzeitig mit Sanktionen belegt. Bei dieser Konstellation gibt es viele Variablen, weshalb nicht klar ist, wie es weitergeht.

Im Hinblick auf die Reaktion der russischen Bevölkerung werden zwei Argumente diskutiert: Die einen erwarten eine »Rally around the Flag«, also dass das Volk sich erst recht hinter den Präsidenten stellt und den Westen im

Allgemeinen für die Lage verantwortlich macht. Das würde an die russische Propaganda vom Russland als umzingelte Festung anknüpfen, die man in die Knie zwingen wolle. Möglich ist aber auch, dass die Menschen die Machthaber für die wirtschaftlichen Probleme beschuldigen. Die Erfahrungen von 2014 zeigten, dass es für die Machthaber opportun schien, die Wirkungen der Strafmaßnahmen kleinzureden. In der Staatspropaganda wird berichtet werden, dass die Sanktionen zwar lästig sind, aber eigentlich kein großes Problem. Vor diesem Hintergrund dürfte sich eine Diskrepanz auf tun: Das Realeinkommen fällt ja schon kontinuierlich seit 2014, 2022 droht aber noch eine weitaus höhere Inflation als bei der optimistischen Prognose der Zentralbank, die auch schon Preissteigerungen von 20 Prozent erwartet. Eine hohe Arbeitslosenquote ist zudem nicht mehr ganz so unwahrscheinlich wie in vergangenen Jahren – und damit auch fortschreitende Armut. Wenn den Menschen dann im Fernsehen etwas von der Wirkungslosigkeit westlicher Sanktionen erzählt wird, könnte sie das durchaus verärgern – und sie stellen ihre Verarmung dann eher mit »denen da oben« in Zusammenhang – das könnte den Effekt der »Rally around the Flag« reduzieren und für die Machthaber langfristig zum Problem werden.

Allerdings: Der föderale russische Staatshaushalt, der für das Militär verantwortlich ist, speist sich zu einem großen Teil direkt und indirekt aus den Exporten von Energieträgern. Trotz aller Sanktionen dürfte der Devisenzufluss immer noch hoch sein, aufgrund der hohen Gas- und Ölpreise.

Janis Kluge, Stiftung Wissenschaft und Politik

8. Inwiefern wenden sich eigene Eliten von Putin ab: Kann es eine Palastrevolte geben, die alles ändert?

Diese Frage betrifft den inneren Zirkel der Macht im Kreml, in den wir letztlich kaum einen Einblick haben. Dennoch ist eine Palastrevolte gegenwärtig sehr unwahrscheinlich: Das politische System hängt an der Person Putin. Er ist der alleinige Entscheidungsträger in strategischen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Die Machtelite im Kreml setzt sich heute vornehmlich aus Jugendfreunden und engsten Vertrauten mit ähnlichen Ansichten und Überzeugungen zusammen. In der Armee, den Sicherheitsorganen und der Staatsduma wird das Vorgehen des Präsidenten, mit sehr wenigen Ausnahmen (zumindest öffentlich) breit unterstützt. Eine organisierte Opposition zur Politik des Kreml existiert nicht, auch keine Masse, die sie tragen würde.

Es gibt zwar einige gewichtige russische Wirtschaftsvertreter, die den Militäreinsatz auch angesichts der harten westlichen Sanktionen kritisch sehen, aber deren politischer Einfluss ist gering. Einer der prominentesten, zumal aus dem erweiterten Umfeld des Präsidenten, ist Arkadi Dworkowitsch als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident, der seit 2018 den Schwachweltverband FIDE führt. Nach öffentlicher Beschimpfung als Verräter gab er allerdings den Vorsitz des zentralen russischen Innovationszentrums Skolkowo auf.

Auch gibt es vereinzelte Kritik von Künstlern und aus Kreisen der Wissen- und Studierendenschaft. Doch der Kreml reagiert auf Dissens derzeit mit zunehmender staatlicher Repression und Propaganda. Proteste werden massiv unterdrückt.

Ein Machtwechsel scheint nur unter der Prämisse einer extremen Verschlechterung der militärischen Lage für Russland in der Ukraine oder eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs des Landes denkbar. Vertraute des Präsidenten, darunter Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolaj Patruschew, könnten in diesem Fall zur Einsicht gelangen, dass der eigene Machterhalt in Russland nur ohne Putin möglich ist. Das könnte zunächst ein Ende des Krieges bedeuten. Aber selbst dann würde der strategische Konflikt zwischen dem Westen und Russland bestehen bleiben.

Alexander Graef, Institute for Peace Research and Security Policy, Universität Hamburg

9. Warum kann die NATO nicht einfach die diskutierte Flugverbotszone einrichten, um den Krieg zu beenden?

Eine Flugverbotszone für den ukrainischen Luftraum ist nur auf den ersten Blick eine einfache, erfolgversprechende Idee. Die Implikationen sind jedoch weitreichend und sollten gewissenhaft abgewogen werden: Je nach Staat oder Organisation, welcher oder welche diese Zone einrichtet, könnte damit das Potential für den Ausbruch eines dritten Weltkriegs gegeben sein, mit der Gefahr einer nuklearen Eskalation. Sollte die NATO, wie von der Ukraine gefordert, eine Flugverbotszone einrichten, wäre im Ernstfall eine direkte Beteiligung des Verteidigungsbündnisses am bewaffneten Konflikt zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation gegeben.

Denn die Einigung auf eine Flugverbotszone wäre im Lichte der verheerenden russischen Luftangriffe zwar ein politisches Zeichen, doch müsste sie im Fall der Fälle auch durchgesetzt werden. Das hieße: Wird der für militärische Flugzeuge gesperrte Luftraum verletzt, müssten die NATO oder ihre Mitgliedstaaten militärisch eingreifen. Dies könnte in der Praxis bedeuten, eindringende russische Kampfflugzeuge abzudrängen oder, im äußersten Fall, abzu-

schießen. Eine effektive Umsetzung einer Flugverbotszone könnte es sogar mit sich bringen, auf russischem Territorium beispielsweise Flugabwehrstandorte anzugreifen. Solche Eingriffe könnten durch Russland als direkte militärische Konfrontation gewertet werden.

Häufig wird angenommen, dass eine Flugverbotszone Zivilisten besser schützt. Das aber ist umstritten: Tatsächlich führt sie eher zu einer anderen Art der Kriegsführung. Es wird vermehrt auf Artillerie gesetzt. Beispielsweise wurden auch im Zweiten Golfkrieg 1991, im Libyenkrieg 2011 und im Bosnienkrieg 1992 Flugverbotszonen eingerichtet, doch brachten solche Zonen oft nur mäßigen Erfolg. Beispielsweise kam es trotz Flugverbotszone im Bosnienkrieg zum Völkermord von Srebrenica.

Die verständliche Forderung der Ukraine nach einer No Fly-Zone hat aber zumindest dazu geführt, dass die NATO-Staaten mehr (Luftabwehr-)Waffen in die Ukraine liefern, sodass sie ihren Luftraum selbst verteidigen kann. Solche Waffenlieferungen werden mehrheitlich nicht als Eintrittshandlung in einen bewaffneten Konflikt gewertet, sodass mit dieser Unterstützung der Ukraine bisher keine weitere Eskalationsstufe erreicht wurde.

Anne Dienelt, Institut für Internationale Angelegenheiten, Universität Hamburg

Das FAQ #2 »Wie kann man diesen Krieg beenden?« erschien am 22.03.2022 auf [dekoder.org](https://www.dekoder.org) und ist unter folgendem Link abrufbar: <https://www.dekoder.org/de/article/faq-ukraine-krieg-frieden-diplomatie>.

Der erste Teil der Reihe, »Wie hat Wladimir Putin den Krieg begonnen, und wie rechtfertigt er ihn?«, ist unter diesem Link abrufbar: <https://www.dekoder.org/de/article/putin-angriffskrieg-ukraine-faq>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt unserem langjährigen Partner dekoder sowie den Autor:innen für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DEKODER

Warum Putin die Ukraine grundsätzlich missversteht

Artyom Shraibman

Einleitung von dekoder:

Wladimir Putin hat die »Entnazifizierung« als eines seiner Ziele bei dem Angriffskrieg auf die Ukraine genannt. Er bezeichnet die politische und kulturelle Elite des Nachbarlandes als »Nazis«, so auch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky, der Jude ist und der einer Familie von Holocaust-Überlebenden entstammt. Seit Jahren – vor allem seit dem Beginn der Maidan-Revolution Ende 2013, der Annexion der Krim und dem Krieg im Osten der Ukraine – bedienen der Kreml und russische Staatsmedien das Bild, die Ukraine sei von einer »faschistischen Junta« gekapert worden und müsse von dieser befreit werden. Gleichzeitig baut der Kreml seit Jahren verstärkt Beziehungen zu rechtsextremen Parteien, Politikern und Aktivisten in Europa auf, um sie für seine Belange einzuspannen.

Die Rhetorik des Kreml zieht dabei bewusst eine Verbindung zum Vermächtnis der Sowjetunion und ihrem Sieg über den Faschismus im Großen Vaterländischen Krieg 1945. Allerdings seien viele der alten Losungen heute nicht mehr als hohle Floskeln, meint etwa der russische Intellektuelle Lew Rubinstein: »Wörter der Nachkriegszeit wie »Nazismus« und »Faschismus« haben im sowjetischen und postsowjetischen Propaganda-Diskurs allmählich ihre ursprüngliche Bedeutung verloren. Sie entbehren heute jeglichen semantischen Inhalts. Sie, diese Wörter, werden als reine Instrumente verwendet, als vermeintlich starke und überzeugende rhetorische Figuren.«

Putins verkündeter Plan einer »Entnazifizierung« der Ukraine fußt auf einem kolossalen Unverständnis der ukrainischen Gesellschaft, meint Artyom Shraibman. Auf seinem Telegram-Kanal erklärt der belarussische Politikanalyst, warum dieser Plan von vornherein realitätsfern war – mit nun immer fataleren Folgen.

Entschuldigt, dass ich so lange nicht geschrieben habe. Die Evakuierung aus der Ukraine und Fragen der Grundversorgung am neuen, sicheren Ort haben mir alle Zeit und Energie genommen. Einzig ein Interview für Echo Moskwy anlässlich seiner Schließung habe ich geschafft zu geben. Doch sie haben das Video auch von Youtube gelöscht, darum wiederhole ich meinen Grundgedanken hier.

Putins Hauptfehler ist nicht, dass er die Stärke seiner Armee überschätzt und die des ukrainischen Widerstands und das Ausmaß der Sanktionen unterschätzt hat. Auch nicht, dass er an den propagandistischen Quatsch über das ukrainische Brudervolk glaubt, die auch Russen seien. Oder an den Quatsch mit der volksfeindlichen Nazi-Junta (mit einem Juden an der Spitze), von der sich diese Auch-Russen befreien wollen und dabei nur auf Hilfe warten.

Es gibt ein sehr viel ernsthafteres Problem in der Weltanschauung solcher Leute wie Putin. Fast alle, die aus dieser sowjetischen militär-tschechistischen Kultur kommen, teilen diese Weltanschauung. Das sind die, die in den 1990ern in Russland »Rot-Braune« und später dann »Watniki« genannt wurden. Auch jüngere Silowiki haben diese Leerstelle im Bewusstsein und auch ältere Autokraten wie Putin oder Lukaschenko.

Keine Vorstellung von einer Gesellschaft, die sich selbst helfen kann

Diese Leute können nicht begreifen, dass irgendwelche Gruppen von Menschen in der Lage sind, horizontal zu interagieren und ohne Oberhirten zu leben. Für sie existiert nur die Vertikale, nur die Kaserne. Nur die Eliten und eine darunter versammelte Hammelherde. Sie sind es gewohnt, in einer solchen Gesellschaft zu leben und über sie zu bestimmen – also müssen ihrer Ansicht nach wohl alle Gesellschaften so sein.

Hätte dieser Mythos irgendetwas mit der Realität zu tun, so wäre der Plan, Kiew schnell zu erobern, den ukrainischen Staat zu enthaupten und dem neuen Regime eine Kapitulation aufzuzwingen – verbunden mit einer »Entnazifizierung« und weiterer Unterwerfung – völlig machbar.

Aber selbst wenn man die für alle Welt offensichtliche Ausbremsung der russischen Kriegsmaschinerie außer Acht lässt, die seltsamen ungedeckten Landeoperationen, das Versagen bei der Übernahme der Kontrolle über den Luftraum, das Versagen in der Versorgung und Logistik: Selbst dann ist der Plan apriori nicht machbar. Denn die Ukraine ist keine Kaserne. Man kann sie nicht enthaupten, das ist ein völlig anderer Organismus.

Nehmen wir einmal an, dass die militärische Stärke ausreicht, um den Widerstand der ukrainischen Armee zu brechen – was derzeit alles andere als offensichtlich ist, wenn man die sinkende Kampfmoral der Angreifer und die erstarkende Wut der Verteidiger bedenkt. Aber stellen wir uns das einmal vor.

Was soll mit der Partisanen-Bewegung geschehen? Sollen hunderttausende Soldaten eines Besatzungs-Korps einmarschieren? Wo will man die hernehmen, wenn 90 Prozent der ins Land einmarschierten Reservetruppen es nicht schaffen, die großen Städte einzunehmen? Soll es eine Blockade der Städte und damit dort eine humanitäre Katastrophe geben? Wenn es bereits jetzt – hier wie dort – zu freiwilliger Kriegsgefangenschaft kommt – wie will man sich dann vor Fahnenflucht schützen in einer Armee, die sich selbst im Klaren darüber ist, dass sie für eine vollumfängliche Vernichtungsoperation gekommen ist und nicht für eine »chirurgisch-exakte Demilitarisierung«?

Der Kreml hat keine Exit-Strategie

Wer wird sich nach einem blutigen Gemetzel, das ein solches Szenario erforderlich macht, einem Besatzer unterwerfen? Wie nachhaltig werden Vereinbarungen mit den Marionetten, die man an Selenskys Stelle platziert? Wie viele Tage werden die nach Abzug des Besatzungs-Korps überleben? Wo soll die Bürokratie herkommen, um ein besetztes Land mit 40 Millionen Menschen zu verwalten, die dem Besatzer gegenüber maximal feindlich gesinnt sind? Woher soll das Geld dafür kommen bei eingefrorenen Reserven und Sanktionen à la Nordkorea? Wie und wer überhaupt kann die Besatzung organisieren, wenn momentan schon die Organisation des Einmarsches nicht so richtig klappt?

Dass der Kreml in dieser Situation keine Exit-Strategie hat, ist heute das globale Hauptproblem – natürlich nach der humanitären Katastrophe in der Ukraine. Selbst wenn die gesamte russische Armeeführung begreift, welche Aufgabe da vor ihnen steht – ein Rückzug würde den politischen Tod Putins bedeuten. Und womöglich nicht nur den politischen.

Mit dem Rücken zur Wand und als Gefangener seiner mystisch-paranoiden Einstellungen könnte Putin jeden Befehl geben. Das Schicksal der Welt könnte an einem bestimmten Punkt in den Händen der obersten Militärführer Russlands liegen, denen dann obliegt, den Befehl auszuführen oder Mensch zu bleiben.

Auf dem Weg in die Katastrophe des russischen Staates liegen leider noch sehr viele unschuldige Opfer und diesen Fakt kann ich psychologisch immer noch nicht akzeptieren. Allem Anschein nach folgt nach diesem schrecklichen Preis wirklich so etwas wie eine Entnazifizierung. Doch nicht für die Ukraine.

Der Text erschien am 05.03.2022 im Telegram-Kanal des Autors und wurde von dekoder übersetzt und am 08.03.2021 veröffentlicht.

Das russischsprachige Original des vorliegenden Beitrags ist online verfügbar unter <https://telegra.ph/Denacifikaciya-03-05>, die deutsche Übersetzung unter <https://www.dekoder.org/de/article/putin-ukraine-gesellschaft-entnazifizierung-krieg>.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen dankt unserem langjährigen Partner dekoder und Artjom Shraibman für die Erlaubnis zum Nachdruck.

dekóder [RUSSLAND ENTSCHLÜSSELN]

DOKUMENTATION

Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, im Deutschen Bundestag

Sehr geehrte Frau Vorsitzende Göring-Eckardt,
sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
liebe Gäste, Anwesende, Journalistinnen und Journalisten,
sehr geehrtes deutsches Volk!

Ich wende mich an Sie nach drei Wochen der groß angelegten Invasion der russischen Truppen in die Ukraine. Nach acht Jahren des Krieges im Osten meines Landes, im Donbass.

Ich wende mich an Sie, während Russland unsere Städte bombardiert und dabei alles zerstört, was in der Ukraine existiert. Alles. Wohnhäuser, Krankenhäuser, Schulen, Kirchen. Alles. Mit Raketen, Fliegerbomben, Raketenartillerie.

In diesen drei Wochen sind sehr viele Ukrainer gestorben, Tausende. Die Besatzer haben 108 Kinder getötet. Mitten in Europa, bei uns, im Jahre 2022.

Ich wende mich an Sie nach zahlreichen Treffen, Verhandlungen, Erklärungen und Bitten, nach Schritten zur Unterstützung, welche... [Pause] zum Teil verspätet kamen. Nach Sanktionen, die offensichtlich nicht ausreichen, um diesen Krieg zu stoppen. Und nachdem wir gesehen haben, wie viele Verbindungen Ihre Unternehmen weiterhin mit Russland unterhalten – mit einem Staat, welcher Sie und noch manche anderen Staaten einfach benutzt, um den Krieg zu finanzieren.

In den drei Wochen des Krieges um unser Leben, um unsere Freiheit, konnten wir uns von dem überzeugen, was wir bereits früher spürten und was Sie sicherlich bislang noch nicht alle bemerken.

Aber Sie scheinen sich wieder hinter einer Mauer zu befinden. Ja, es ist nicht die Berliner Mauer, aber eine Mauer mitten in Europa, zwischen Freiheit und Unfreiheit. Und diese Mauer wird immer stärker, mit jeder Bombe, die auf unseren Boden, auf die Ukraine, fällt. Mit jeder Entscheidung, die nicht getroffen wird für den Frieden. Die nicht getroffen wird, obwohl sie helfen könnte.

Wann ist dies geschehen?

Sehr geehrte Politikerinnen und Politiker,
sehr geehrtes deutsches Volk!

Wie ist das möglich? Als wir Ihnen sagten, dass die Nord Stream-Leitungen Waffen sind und der Vorbereitung auf einen großen Krieg dienen, hörten wir die Antwort: »Es geht hier aber um die Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft«. Doch das war der Zement für eine neue Mauer.

Als wir Sie fragten, was die Ukraine tun muss, um NATO-Mitglied zu werden, in Sicherheit zu sein, Sicherheitsgarantien zu erhalten, hörten wir die Antwort: »Eine derartige Entscheidung liegt bislang nicht auf dem Tisch und es wird sie in nächster Zeit auch nicht geben.« Und es gibt auch keinen Platz für uns an diesem Tisch.

Genauso zögern Sie nun bei der Frage nach dem Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union. Offen gesagt: Für manche ist es Politik. Doch in Wahrheit sind es Steine. Steine für eine neue Mauer.

Als wir um präventive Sanktionen baten, wandten wir uns an Europa, wandten wir uns an viele Staaten, wandten wir uns an Sie. Sanktionen, die so ausgestaltet sind, dass der Aggressor spürt, dass Sie eine Kraft darstellen. Und wir sahen ein Hinauszögern. Wir verspürten einen Widerstand. Wir haben verstanden, dass Sie die »Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft« fortführen wollen.

Derzeit sind die Handelsbeziehungen zwischen Ihnen und dem Staat, welcher erneut einen brutalen Krieg nach Europa brachte, der Stacheldraht über der Mauer. Über der neuen Mauer, die Europa spaltet.

Und Sie sehen nicht, was sich hinter dieser Mauer befindet. Doch sie steht zwischen uns, zwischen den Menschen in Europa. Und dadurch verspüren nicht alle in vollem Maße, was gerade wir heute durchleben.

Ich wende mich an Sie im Namen aller Ukrainer. Sie sprachen gerade von Mariupol. Also wende ich mich an Sie im Namen der Bewohner von Mariupol, im Namen der friedlichen Bewohner der Stadt, welche die russischen Truppen eingekesselt haben und einfach dem Erdboden gleich machen. Einfach alles vernichten, was sich dort befindet. Alles und alle, die sich dort befinden. Hunderttausende Menschen befinden sich rund um die Uhr unter Beschuss. Ohne Nahrung, den ganzen Tag ohne Wasser, den ganzen Tag ohne Strom, den ganzen Tag ohne Telekommunikation. Wochenlang.

Die russischen Truppen unterscheiden nicht, wo Zivilpersonen sind und wo Soldaten sind, wo zivile Objekte sind. Sie halten alles für eine Zielscheibe.

Das Theater, in dem Hunderte Menschen Zuflucht fanden und das gestern zerstört wurde, eine Geburtsklinik, ein Kinderkrankenhaus, Wohnviertel ohne jegliche militärische Objekte – sie zerstören alles. Rund um die Uhr. Und sie lassen keine einzige humanitäre Lieferung in unsere blockierte Stadt durch. Seit fünf Tagen stellen die russischen Truppen den Beschuss nicht ein, absichtlich, um die Rettung unserer Menschen nicht zuzulassen.

Sie könnten all das sehen, wenn Sie sich über diese Mauer erheben würden.

Wenn Sie sich daran erinnern, was für Sie die Berliner Luftbrücke bedeutete, die umgesetzt werden konnte, weil der Himmel sicher war. Sie wurden nicht vom Himmel aus getötet, so wie es jetzt in unserem Land geschieht, wo wir nicht einmal eine Luftbrücke umsetzen können! Wenn vom Himmel nur russische Raketen und Fliegerbomben kommen.

Ich wende mich an Sie im Namen der älteren Ukrainer, der vielen, die den Zweiten Weltkrieg überlebt haben, die sich während der Besatzung vor 80 Jahren retten konnten. Derjenigen, die Babyn Jar überlebt haben.

Babyn Jar, wohin Präsident Steinmeier im vergangenen Jahr reiste. Ich war ihm sehr dankbar. Er kam zum 80. Jahrestag der Tragödie. Dort schlugen nun russische Raketen ein. Gerade an diesem Ort. Sie töteten eine Familie, die auf dem Weg nach Babyn Jar war, um das Denkmal zu besuchen. Sie töteten erneut – nach 80 Jahren.

Ich wende mich an Sie im Namen aller, die hörten, wie Politiker jedes Jahr beteuern: »Nie wieder!« Und die gesehen haben, dass diese Worte nichts wert sind. Denn erneut versucht man in Europa, ein ganzes Volk zu vernichten. Alles zu vernichten, dank dem wir leben. Und wofür wir leben.

Ich wende mich an Sie im Namen unserer Soldaten, derjenigen, die unser Land verteidigen, und dementsprechend auch die Werte, von denen häufig gesprochen wird – überall in Europa, auch bei Ihnen.

Freiheit und Gleichheit. Die Möglichkeit, frei zu leben. Ohne sich einem fremden Staat zu unterwerfen, welcher fremden Boden für seinen eigenen »Lebensraum« hält. Warum verteidigen sie all das ohne Ihre Führungsstärke? Ohne Ihre Kraft? Warum stellte sich heraus, dass Staaten in Übersee uns näher sind als Sie?

Weil es eine Mauer gibt. Eine Mauer, die manche nicht bemerken. Doch es ist eine Mauer, gegen die wir rennen. Während wir kämpfen, um unser Volk zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Sehr geehrtes deutsches Volk!

Mein Dank gilt allen, die uns unterstützen. Ich danke Ihnen. Den einfachen Deutschen, die von ganzem Herzen Ukrainern in Ihrem Land helfen. Journalistinnen und Journalisten, die ehrlich ihre Arbeit verrichten und all das Böse zeigen, das Russland über uns gebracht hat. Ich danke denjenigen deutschen Unternehmen, die Moral und Menschlichkeit über die Buchhaltung stellten. Über die »Wirtschaft, Wirtschaft, Wirtschaft«.

Und ich danke den Politikern, die sich dennoch bemühen. Die sich bemühen, diese Mauer zu durchbrechen. Die sich zwischen russischem Geld und dem Tod ukrainischer Kinder für das Leben entscheiden. Die eine Verschärfung der Sanktionen gegen Russland unterstützen. Eine Verschärfung, die uns Frieden garantierten könnte. Frieden für die Ukraine. Frieden für Europa. Die nicht zögern bei der Frage, ob Russland aus SWIFT ausgeschlossen werden soll.

Die wissen, dass ein Handelsembargo gegen Russland nötig ist. Gegen die Einfuhr von dort von allem, was diesen Krieg finanziert. Die wissen, dass die Ukraine Teil der EU sein wird. Denn die Ukraine ist bereits europäischer als viele andere.

Ich danke allen, die sich über jegliche Mauern erheben. Und denjenigen, die wissen, dass auf den Stärkeren auch mehr Verantwortung lastet, wenn es um die Rettung von Menschen geht.

Es ist schwer für uns, ohne die Hilfe der Welt zu bestehen. Ohne Ihre Hilfe. Es ist schwer, die Ukraine zu verteidigen, Europa zu verteidigen. Ohne das, was Sie tun können. Was Sie tun können, um nicht auch nach diesem Krieg beschämt zurückzublicken ... Nachdem Charkiw zerstört wurde. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tschernihiw, Sumy und der Donbass zerbombt wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Nachdem Tausende von Menschen gefoltert und getötet wurden. Zum zweiten Mal, nach 80 Jahren. Denn was bedeutet sonst die historische Verantwortung für das, was vor 80 Jahren geschah, was bis heute gegenüber dem ukrainischen Volk nicht gesühnt wurde?

Und jetzt, damit keine neue entsteht – hinter einer neuen Mauer – und die wieder gesühnt werden müsste.

Ich wende mich an Sie und erinnere daran, was nötig ist und ohne was Europa nicht überleben und seine Werte nicht bewahren kann.

Der ehemalige Schauspieler und Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Ronald Reagan, sagte einmal in Berlin: »Tear down this wall!« [»Reißen Sie diese Mauer nieder!«]

Nun möchte ich Ihnen sagen:

Herr Bundeskanzler Scholz! Reißen Sie diese Mauer nieder!

Geben Sie Deutschland die Führung, die es verdient, und auf die Ihre Nachfahren nur stolz sein können.

Unterstützen Sie uns.

Unterstützen Sie den Frieden.

Unterstützen Sie jeden Ukrainer.

Stoppen Sie den Krieg!

Helfen Sie uns, ihn zu stoppen!

Slawa Ukrajin! [Es lebe die Ukraine!]

Quelle: Website des Deutschen Bundestags, 17.03.2022, <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw11-de-selenskyj-rede-deutsch-884872>.

Statement der EU-Regierungschefs zu Russlands Krieg gegen die Ukraine

Statement of the heads of state or government, meeting in Versailles, on the Russian military aggression against Ukraine, 10 March 2022

1. Two weeks ago Russia brought war back to Europe. Russia's unprovoked and unjustified military aggression against Ukraine grossly violates international law and the principles of the UN Charter and undermines European and global security and stability. It is inflicting unspeakable suffering on the Ukrainian population. Russia, and its accomplice Belarus, bear full responsibility for this war of aggression and those responsible will be held to account for their crimes, including for indiscriminately targeting civilians and civilian objects. In this respect we welcome the decision of the prosecutor of the International Criminal Court to open an investigation. We call for the safety and security of Ukraine's nuclear facilities to be ensured immediately with the assistance of the International Atomic Energy Agency. We demand that Russia ceases its military action and withdraws all forces and military equipment from the entire territory of Ukraine immediately and unconditionally, and fully respects Ukraine's territorial integrity, sovereignty and independence within its internationally recognised borders.
2. We commend the people of Ukraine for their courage in defending their country and our shared values of freedom and democracy. We will not leave them alone. The EU and its Member States will continue to provide coordinated political, financial, material and humanitarian support. We are committed to provide support for the reconstruction of a democratic Ukraine once the Russian onslaught has ceased. We are determined to increase even further our pressure on Russia and Belarus. We have adopted significant sanctions and remain ready to move quickly with further sanctions.
3. Countless people are fleeing the war in Ukraine. We offer temporary protection to all war refugees from Ukraine. We commend European countries, notably at the borders with Ukraine, for showing immense solidarity in hosting Ukrainian war refugees. The EU and its Member States will continue to show solidarity and provide humanitarian, medical and financial support to all refugees and the countries hosting them. We call for funds to be made available without delay through a swift adoption of the proposal on Cohesion's Action for Refugees in Europe (CARE) and through ReactEU. We call on Russia to fully abide by its obligations under international humanitarian law. It must ensure safe and unhindered humanitarian access to the victims and internally displaced persons in Ukraine, and allow safe passage for those civilians who want to leave.

4. The European Council acknowledged the European aspirations and the European choice of Ukraine, as stated in the Association Agreement. On 28 February 2022, exercising the right of Ukraine to choose its own destiny, the President of Ukraine submitted the application of Ukraine to become a member of the European Union. The Council has acted swiftly and invited the Commission to submit its opinion on this application in accordance with the relevant provisions of the Treaties. Pending this and without delay, we will further strengthen our bonds and deepen our partnership to support Ukraine in pursuing its European path. Ukraine belongs to our European family.
5. The Council has invited the Commission to submit its opinions on the applications of the Republic of Moldova and Georgia.

Quelle: EU-Rat, 10.03.2022, <https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2022/03/11/statement-of-the-heads-of-state-or-government-on-the-russian-aggression-against-ukraine-10-03-2022/>.

Mehr als nur Waffenruhe: Die Ukraine braucht dringend einen Schutz für Aktivist*innen und eine De-Okkupation (Erklärung der Kyjiwer Gespräche)

Seit drei Wochen herrscht in der Ukraine der russische Angriffskrieg. Putins Ziel ist die Zerstörung der ukrainischen Nation und ihrer Demokratie. Im Süden des Landes (Cherson, Berdjansk, Melitopol, Wolnowacha, Nova Kachowka) beobachten wir, wie Russland versucht, ein Besatzungsregime zu installieren. Trotz der massiven Proteste der lokalen Bevölkerung plant der Kreml ein „Referendum“ über die Gründung einer „Chersoner Volksrepublik“ abzuhalten.

In Melitopol haben die russischen Besatzer am 11.03.22 den Bürgermeister Iwan Fedorow, der Widerstand leistete, festgehalten und in den bereits seit 2014 nicht mehr ukrainisch-kontrollierten Teil des Gebiets Luhansk verschleppt. An seiner Stelle wurde die Putin-treue „Bürgermeisterin“ Galyna Danylchenko eingesetzt. Informationen über Verschleppungen von Aktivist*innen und Journalist*innen erreichen uns aus verschiedenen Orten und Städten.

Deutschland hat in den letzten acht Jahren aktiv den Demokratisierungsprozess, Reformen und Zivilgesellschaft in der Ukraine unterstützt. Die Kyjiwer Gespräche waren im Jahr 2021 u.a. in der Region Saporischschja, zu der auch Melitopol und Berdjansk gehören, aktiv. Damit tragen wir in der heutigen Situation auch Verantwortung für die Sicherheit und das Leben von ukrainischen Aktivist*innen.

Besonders akute Gefahr besteht für alle Personen, die sich auch in internationalen Partnerschaften für den demokratischen Kurs der Ukraine engagiert haben. Internationalen Presseberichten zufolge haben russische Geheimdienste „Erschießungslisten“ von Personen erstellt: Mitglieder der Zivilgesellschaft, demokratische Politiker*innen, Bürgerrechtler*innen, Jurist*innen, Antikorruptions- und LGBT-Aktivist*innen, kritische Journalist*innen und Akademiker*innen.

Wir appellieren an die Bundesregierung: Setzen Sie alle Ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen ein, um eine sichere Evakuierung der akut gefährdeten Personen aus der Ukraine zu ermöglichen. Setzen Sie die russische Führung mit deutlichen Sanktionen unter Druck, um eine sofortige Freilassung von Iwan Fedorow und anderen Verschleppten zu erwirken.

Es ist extrem wichtig zu verstehen: Eine Waffenruhe alleine schützt die Ukrainer*innen nicht. Alle Gebiete der Ukraine, in die Russland gewaltsam eingedrungen ist, müssen dringend de-okkupiert werden. Alles andere bedeutet für die Bevölkerung die ständige Gefahr von Terror und Tod.

Wir fordern die deutsche Politik auf, auf allen Ebenen auf eine schnellstmögliche De-Okkupation aller besetzten Gebiete der Ukraine einzuwirken - zum Beispiel durch schnelle und ausreichende Waffenlieferungen und ein Embargo gegen Gas- und Ölimporte aus der Russischen Föderation.

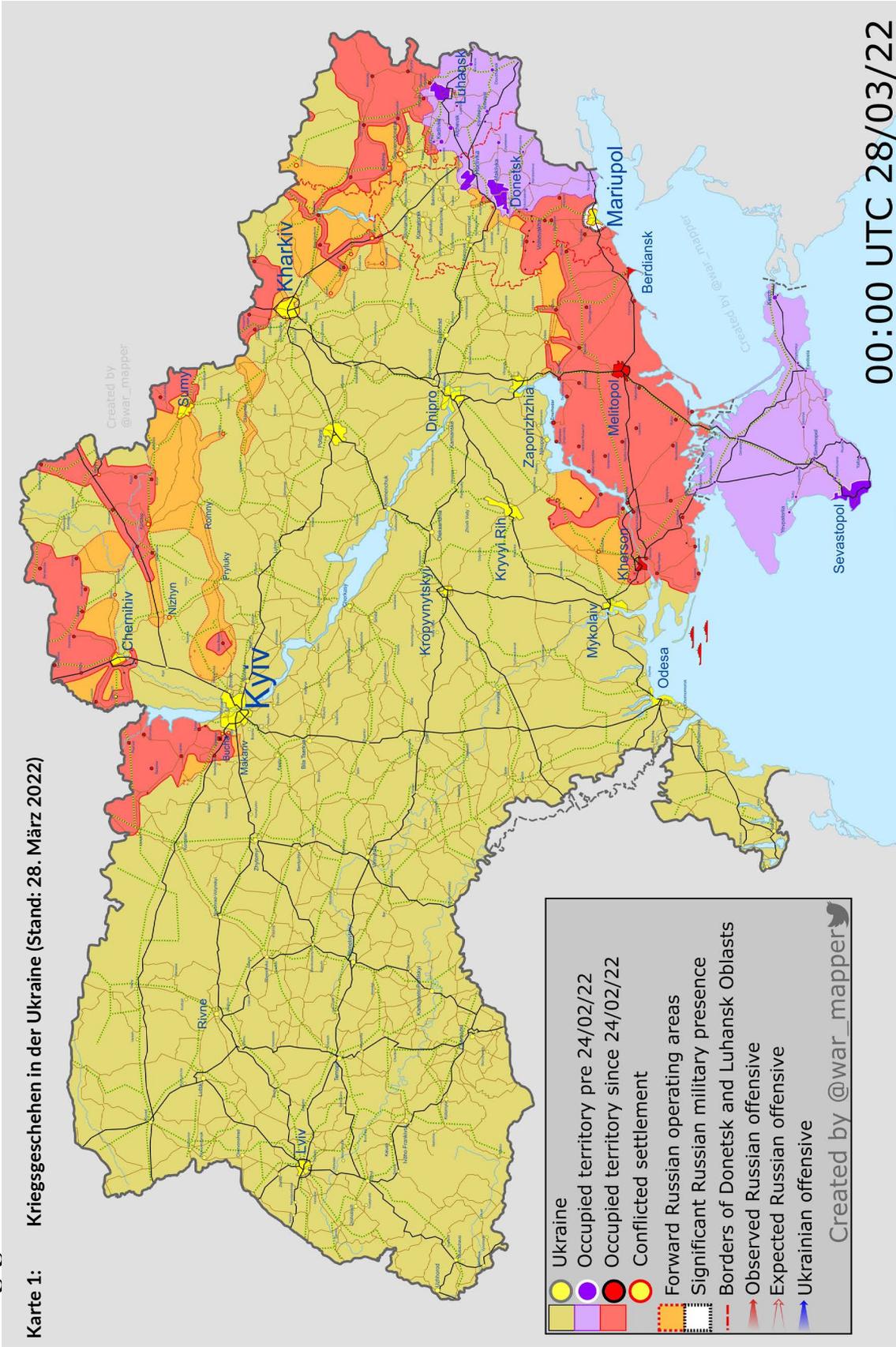
Ein Verzicht auf Territorium und damit die Preisgabe der Bürger*innen sollte von der ukrainischen Regierung nicht erwartet werden. Angesichts des brutalen Vorgehens der russischen Streitkräfte ist es wichtig zu verstehen, dass alle Personen, die sich in den besetzten Gebieten aufhalten, rechtlos der Willkür der russischen Geheimdienste und Sicherheitskräfte ausgesetzt sein werden.

Quelle: Kyjiwer Gespräche, 16.03.2022, <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/erklarung-mehr-als-nur-waffenruhe-die-ukraine-braucht-dringend-einen-schutz-fuer-aktivistinnen-und-eine-de-okkupation.html>.

KARTE

Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 28. März 2022)

Karte 1: Kriegsgeschehen in der Ukraine (Stand: 28. März 2022)



	Ukraine
	Occupied territory pre 24/02/22
	Occupied territory since 24/02/22
	Conflicted settlement
	Forward Russian operating areas
	Significant Russian military presence
	Borders of Donetsk and Luhansk Oblasts
	Observed Russian offensive
	Expected Russian offensive
	Ukrainian offensive

Created by @war_mapper

Quelle: @war_mapper; https://mobile.twitter.com/War_Mapper/status/1508218993991168007

STATISTIK

Verluste der russischen und ukrainischen Armee

Tabelle 1: Verluste der russischen Armee laut Angaben der Ukraine (Stand: 27.03.2022)

	Russische Streitkräfte insgesamt*	Ursprünglich an der Invasion beteiligt**	Von der ukrainischen Armee seit Kriegsbeginn getötet/zerstört***	in % der ursprünglich an der Invasion beteiligten Kräfte
Soldaten	900.000	140.000	16.600	12
Panzer	3.300	1.200	582	49
Gepanzerte Fahrzeuge	13.758	2.900	1.664	57
Artillerie	5.689	1.600	294	18
Flugzeuge	1.379	330	121	37
Helikopter	961	240	127	53
Schiffe	519	75	7	9

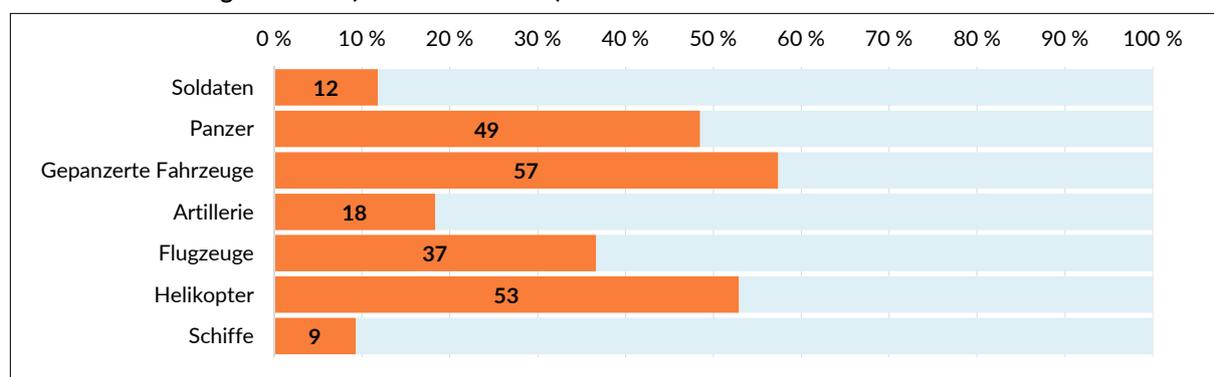
Sowohl die Ukraine als auch Russland veröffentlichen keine Angaben über eigene Verluste, informieren jedoch täglich über die Verluste des militärischen Gegners. Die Angaben sind aufgrund des Kriegsgeschehens nicht unabhängig überprüfbar und sollten daher mit Vorsicht behandelt werden.

* Nach Angaben von Military Balance 2021, <https://www.iiss.org/publications/the-military-balance/the-military-balance-2021>.

** Basierend auf mehreren unabhängigen Schätzungen, zusammengetragen von VoxUkraine, <https://voxukraine.org/>.

*** Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, 27.03.2022, <https://www.facebook.com/GeneralStaff.ua/posts/281685497477869>

Grafik 1: Verluste der russischen Armee laut Angaben der Ukraine in % der ursprünglich an der Invasion beteiligten Kräfte (Stand: 27.03.2022)



Sowohl die Ukraine als auch Russland veröffentlichen keine Angaben über eigene Verluste, informieren jedoch täglich über die Verluste des militärischen Gegners. Die Angaben sind aufgrund des Kriegsgeschehens nicht unabhängig überprüfbar und sollten daher mit Vorsicht behandelt werden.

Quellen: Ursprünglich an der Invasion beteiligte Kräfte: basierend auf mehreren unabhängigen Schätzungen, zusammengetragen von VoxUkraine, <https://voxukraine.org/>; Verluste der russischen Armee: Generalstab der ukrainischen Streitkräfte, 27.03.2022, <https://www.facebook.com/GeneralStaff.ua/posts/281685497477869>

Tabelle 2: Verluste der ukrainischen Armee laut Angaben des russischen Verteidigungsministerium seit Beginn des Krieges (Stand: 23.03.2022)

Flugzeuge und Hubschrauber	184
Unbemannte Drohnen	246
Flugabwehrraketensysteme	189
Panzer und gepanzerte Fahrzeuge	1.558
Mehrfachraketenwerfer	156
Mörser und Artillerie	624
Andere militärische Fahrzeuge	1.354

Sowohl die Ukraine als auch Russland veröffentlichen keine Angaben über eigene Verluste, informieren jedoch täglich über die Verluste des militärischen Gegners. Die Angaben sind aufgrund des Kriegsgeschehens nicht unabhängig überprüfbar und sollten daher mit Vorsicht behandelt werden.

Quelle: Verteidigungsministerium der Russischen Föderation, 23.03.2022, https://t.me/mod_russia/13487.

Tabelle 3: Verluste an Gerät beider Seiten laut unabhängigem Militärblog ORYX (Stand: 28.03.2022)

	Russland	Ukraine
Heer gesamt	1.986	574
Darunter:		
Panzer	310	79
Gepanzerte Kampffahrzeuge	229	60
Infanterie-Kampffahrzeuge	303	60
Gepanzerte Transporter	77	29
Fahrzeuge mobile Infanterie	65	32
Luftwaffe gesamt	68	22
Darunter:		
Flugzeuge	16	12
Helikopter	36	1
Unbemannte Drohnen	16	9
Marine gesamt	3	13
Darunter:		
Landungsschiffe	2	
Patrouillen- und sonstige Boote	1	12
Fregatten		1

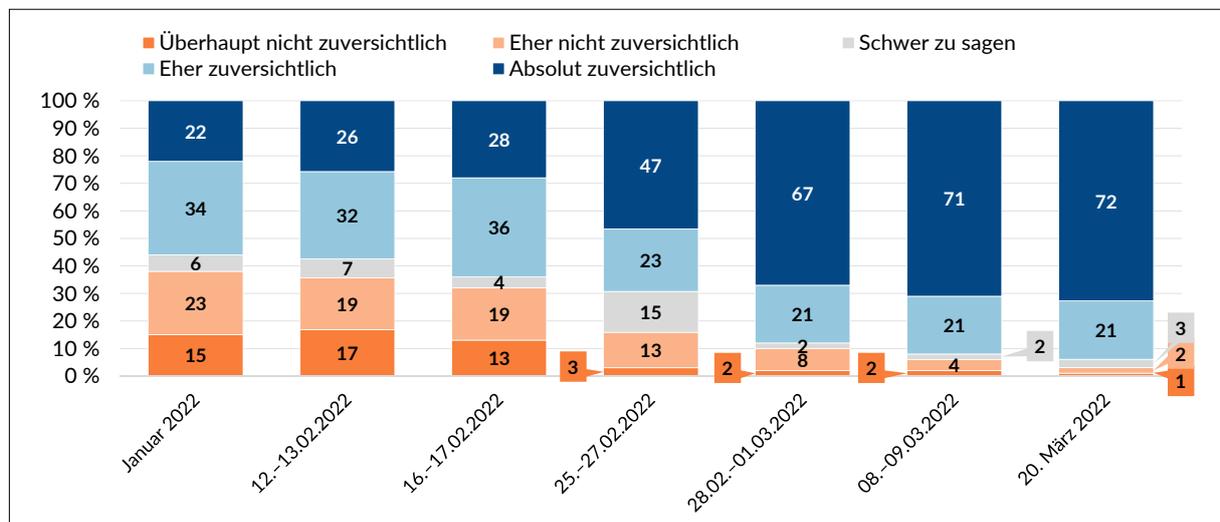
Anmerkung der Redaktion: ORYX ist ein Militär-Blog, der von internationalen Freiwilligen betrieben wird. Die Rechercheure und sammeln seit Jahren Verlustmeldungen aus unterschiedlichen bewaffneten Konflikten, darunter dem aktuellen Krieg in der Ukraine. Zu jeder einzelnen Verlustmeldung muss ein Bild- oder Videobeweis, meist aus den sozialen Medien, vorliegen, so dass die Angaben glaubhaft sind. Allerdings gibt es wegen der hohen Anzahl von Meldungen einen Rückstau an Meldungen, so die Betreiber des Blogs. Auch seien die ukrainischen Verluste in Wahrheit vermutlich höher: Weil die ukrainische Bevölkerung keine Bilder des eigenen Militärs veröffentlichen soll, gibt es nicht von allen ukrainischen Verlusten Bilder, weshalb diese vermutlich untererfasst sind.

Quelle: <https://www.oryxspioenkop.com/>.

UMFRAGEN

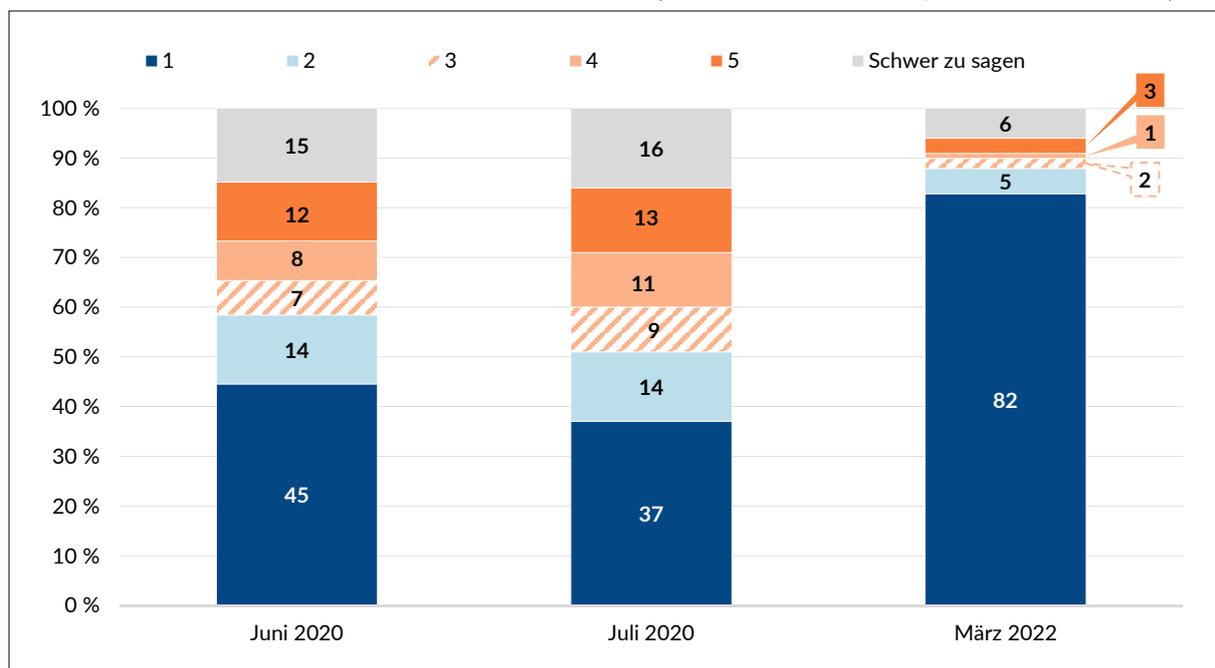
Meinungsumfragen zum Krieg

Grafik 1: Wie zuversichtlich sind Sie, dass die Ukraine einen russischen Angriff abwehren kann? (Januar - März 2022, %)



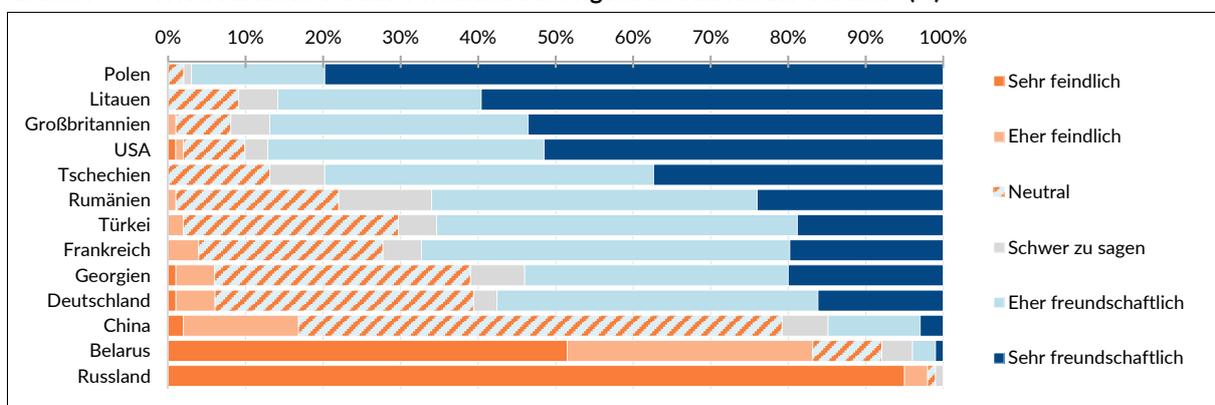
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 2: Wie wahrscheinlich ist ein Zerfall der Ukraine? (1 sehr unwahrscheinlich, 5 sehr wahrscheinlich)



Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

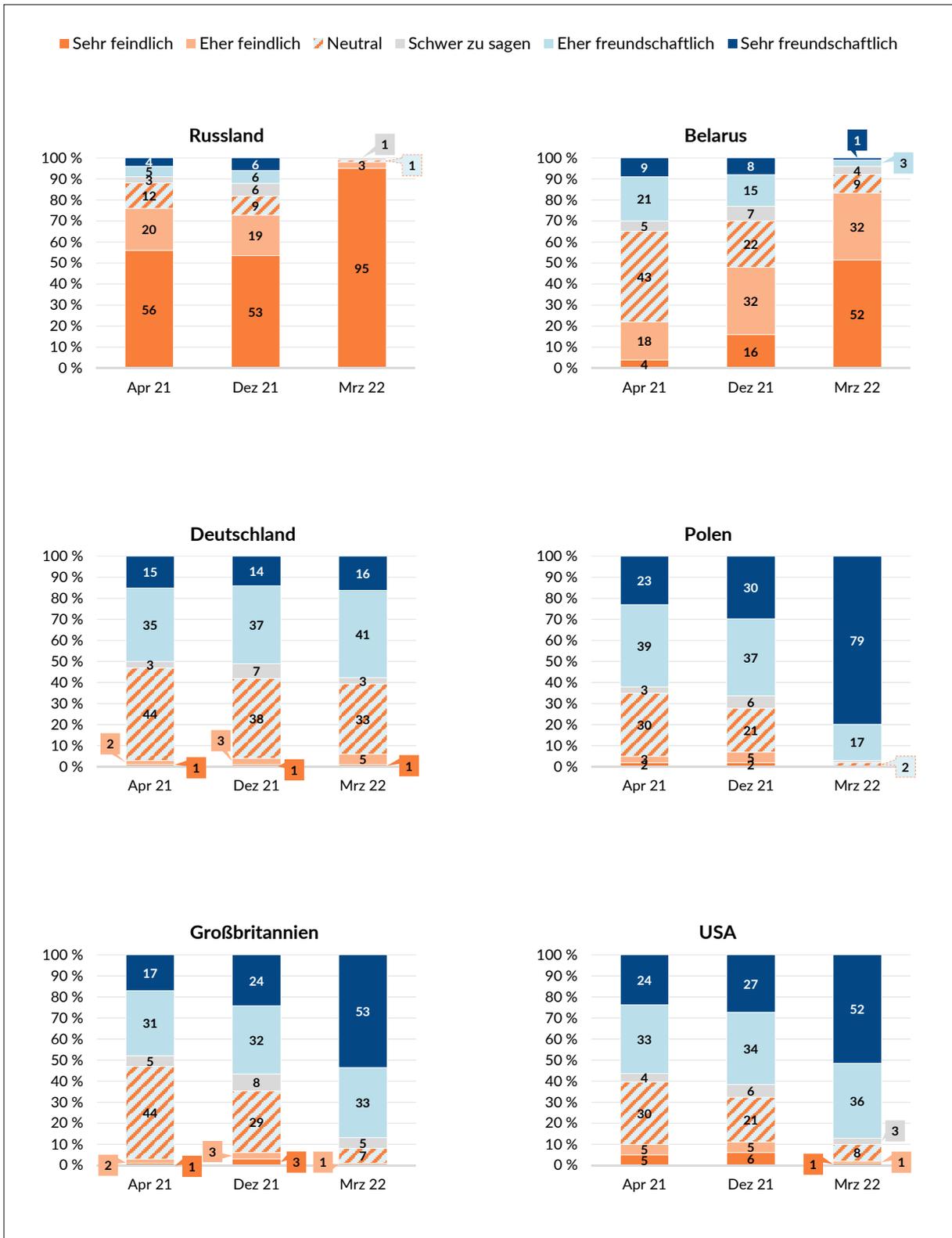
Grafik 3: Wie beurteilen Sie das Verhältnis der folgenden Staaten zur Ukraine? (%)



	Sehr feindlich	Eher feindlich	Neutral	Schwer zu sagen	Eher freundschaftlich	Sehr freundschaftlich
Polen			2	1	17	79
Litauen			9	5	26	59
Großbritannien		1	7	5	33	53
USA	1	1	8	3	36	52
Tschechien			13	7	42	37
Rumänien		1	21	12	42	24
Türkei		2	28	5	47	19
Frankreich		4	24	5	48	20
Georgien	1	5	33	7	34	20
Deutschland	1	5	33	3	41	16
China	2	15	63	6	12	3
Belarus	52	32	9	4	3	1
Russland	95	3	1	1		

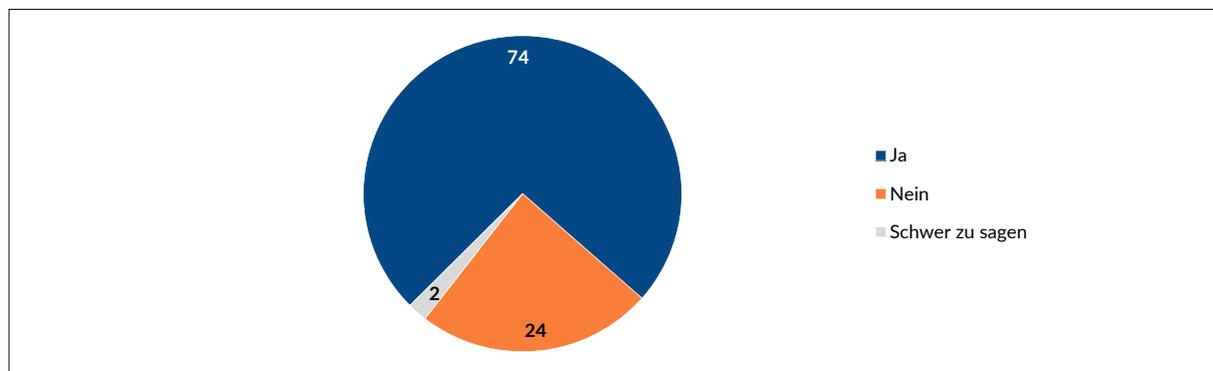
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 4: Wie beurteilen Sie das Verhältnis der folgenden Staaten zur Ukraine?
(Dynamik ausgewählter Staaten, in %)



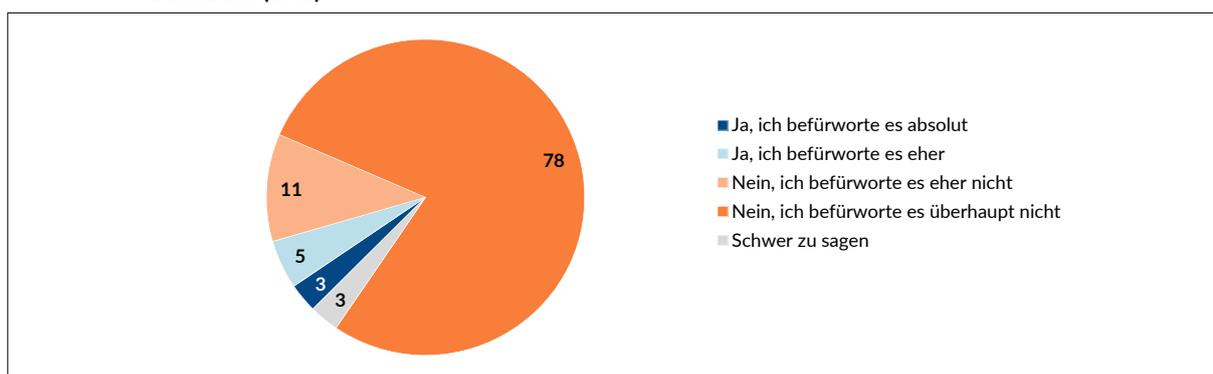
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voynny_18_marta_2022.html.

Grafik 5: Befürworten Sie direkte Verhandlungen zwischen dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj, und dem Präsidenten Russlands, Wladimir Putin? (in %)



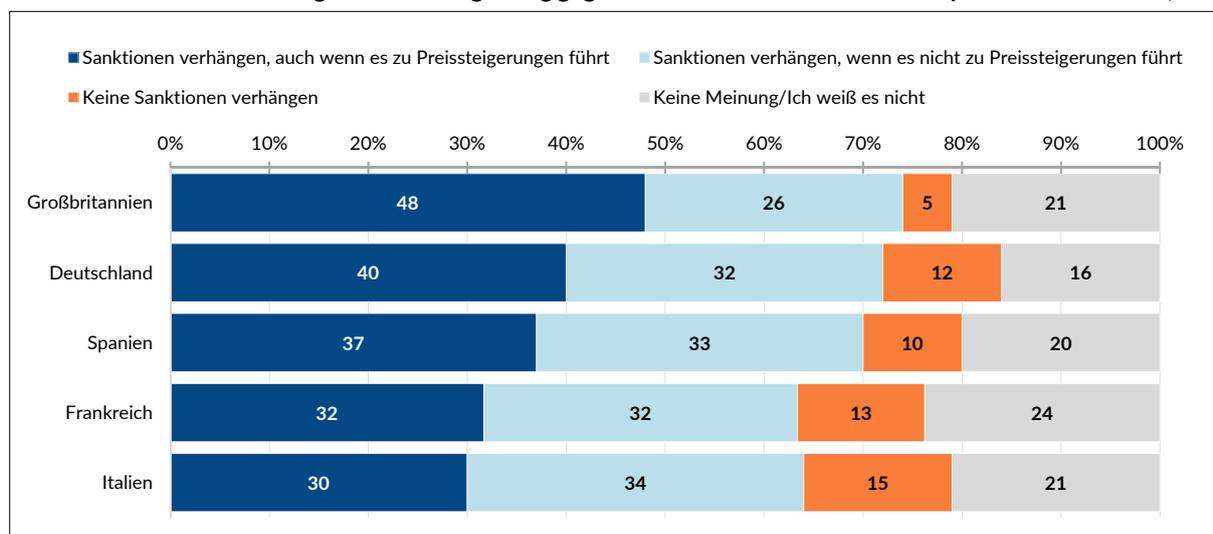
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 6: Befürworten Sie einen temporären Waffenstillstand, solange sich russische Truppen in der Ukraine befinden? (in %)



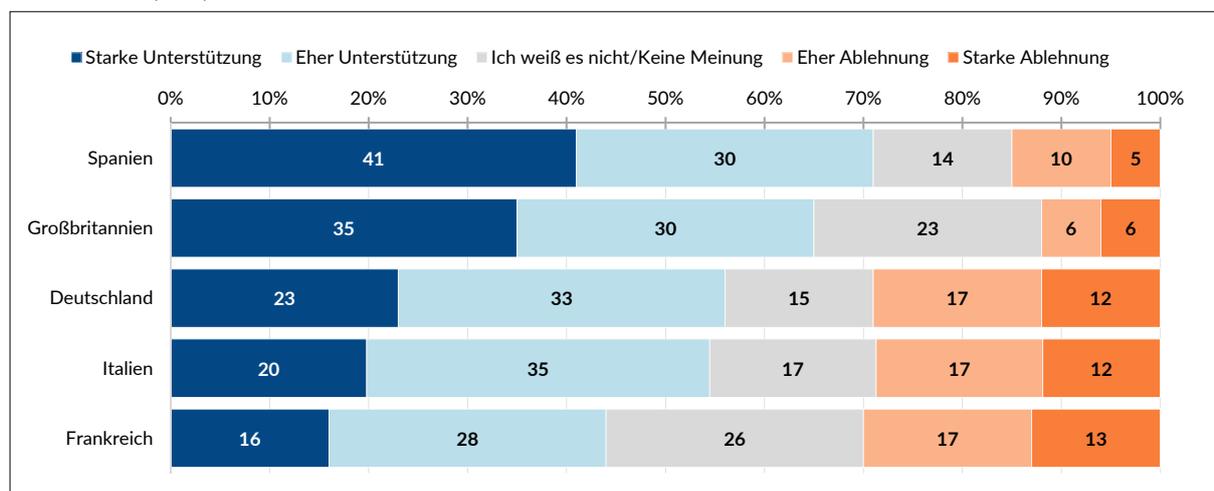
Quelle: Soziologische Gruppe Rating, repräsentative Umfrage »Die Ukraine im Krieg«, 20.03.2022, https://ratinggroup.ua/en/research/ukraine/pyatyy_obschenacionalnyy_opros_ukraina_v_usloviyah_voyny_18_marta_2022.html.

Grafik 7: Welche Haltung sollte ihre Regierung gegenüber russischen Öl- und Gasexporten einnehmen? (in %)



Quelle: Morning Consult Umfrage, die vom 16. bis 18. März 2022 unter mindestens 998 Erwachsenen in jedem Land durchgeführt wurde. Aufgrund von Rundungen können sich die Zahlen nicht auf 100 % addieren. 23.03.2022, <https://morningconsult.com/2022/03/23/oil-sanctions-poll-european-views-ukraine-russia/>.

Grafik 8: Unterstützen Sie den Antrag der Ukraine auf Beitritt zur Europäischen Union oder lehnen Sie diesen ab? (in %)



Quelle: Morning Consult Umfrage, die vom 16. bis 18. März 2022 unter mindestens 998 Erwachsenen in jedem Land durchgeführt wurde. Aufgrund von Rundungen können sich die Zahlen nicht auf 100 % addieren. 23.03.2022, <https://morningconsult.com/2022/03/23/oil-sanctions-poll-european-views-ukraine-russia/>.

CHRONIK

24. Februar – 01. März 2022

24.02.2022	In einer nächtlichen Fernsehansprache verkündet der russische Präsident Wladimir Putin seine Entscheidung für eine »militärische Sonderoperation« in der Ukraine, die de facto eine Kriegserklärung ist. Er reagiere damit auf die Bitte der Anführer der selbsternannten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk um militärischen Beistand. Es gehe darum, die Ukraine zu »entmilitarisieren«, zu »entnazifizieren« und einen »Genozid« zu verhindern. Putin fordert das ukrainische Militär auf, die Waffen niederzulegen und droht allen, die sich in den russischen Einsatz einmischen, mit Konsequenzen, die sie »in ihrer Geschichte noch nie erlebt haben«.
24.02.2022	Unmittelbar nach der Erklärung des russischen Präsidenten über die »Sonderoperation« greift das russische Militär die Ukraine in einem Blitzangriff von Norden, Osten und Süden her an. In fünf ukrainische Regionen fallen die russischen Streitkräfte mit Panzern und anderen Militärfahrzeugen ein, berichtet der ukrainische Grenzschutz. In 12 weiteren Regionen, darunter auch Kyjiw, werden militärische, aber auch zivile Ziele wie z. B. Flughäfen, Kliniken und Wohngebäude, von Raketen getroffen. Die Zeitung Ukrainiska Prawda berichtet, dass Russland vorhabe, die Hauptstadt Kyjiw einzunehmen und Präsident Selenskyj zu stürzen.
24.02.2022	Von Norden aus Belarus angreifend erlangen russische Truppen die Kontrolle über das Atomkraftwerk Tschernobyl, das nur wenige Kilometer von der ukrainisch-belarussischen Grenze und ca. 150 Kilometer nördlich der Hauptstadt Kyjiw liegt.
24.02.2022	Zeitgleich mit dem militärischen Einmarsch Russlands finden massive Cyberangriffe gegen ukrainische Banken und Regierungswebseiten statt, berichtet der Minister für Digitale Transformation, Mychajlo Fedorow.
24.02.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj ruft das Kriegsrecht aus. Das Parlament verhängt den Notstand im gesamten Land, zunächst für 30 Tage. Außerdem gibt das Parlament zusätzliche Mittel im Umfang von ca. 800 Millionen US-Dollar für Waffen und Verteidigung frei.

24.02.2022	Die Ukraine habe die diplomatischen Beziehungen zu Russland wegen der russischen Invasion offiziell abgebrochen, berichtet der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj.
24.02.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj ordnet eine allgemeine Mobilmachung an. Verteidigungsminister Oleksij Resnikow fordert alle Ukrainer:innen, die in der Lage sind zu kämpfen, dazu auf, die Armee und die Territorialen Selbstverteidigungseinheiten zu unterstützen.
24.02.2022	Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj wendet sich einer Ansprache auf Russisch direkt an das russische Volk. Die Ukraine wolle nichts anderes als Frieden mit Russland, werde sich aber militärisch verteidigen, wenn Russland die Invasion weiter fortführt, so Selenskyj: »Wollen die Russen einen Krieg? Die Antwort hängt einzig von Euch ab, Bürger der Russischen Föderation«.
24.02.2022	Die internationale Staatengemeinschaft verurteilt den Angriff Russlands auf die Ukraine auf das Schärfste. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigt in einem Statement an, die EU werde Russland für sein Handeln zur Rechenschaft ziehen, die Ukraine unterstützen und alle Flüchtlinge aus der Ukraine aufnehmen. US-Präsident Joe Biden verurteilt den Angriff als »unprovokiert und ungerechtfertigt«. Die USA würden gemeinsam mit ihren Verbündeten mit »harten Sanktionen« reagieren. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz nennt den Akt einen eklatanten Bruch des Völkerrechts und fordert Russland auf, den Krieg sofort zu stoppen.
24.02.2022	Die NATO beruft als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine eine Sondersitzung ein. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg gibt nach der Sitzung die Verstärkung der NATO-Streitkräfte zum Schutz der Bündnispartner im Osten bekannt. Auf Antrag der Militärführung wurden die Verteidigungspläne aktiviert. Stoltenberg bezeichnet den Einmarsch Russlands in die Ukraine als »brutalen kriegerischen Akt«. Russland habe den Frieden auf dem europäischen Kontinent zerstört.
25.02.2022	Präsident Wolodymyr Selenskyj teilt mit, dass gestern, am ersten Tag des russischen Krieges in der Ukraine, mindestens 137 Ukrainer:innen ums Leben gekommen sind, 316 weitere Personen wurden verletzt. Es gibt teils heftige Gefechte bereits in Vororten von Kyjiw, im Norden bei Tschernihiw, im Osten bei Charkiw und im Süden bei Mykolajiw sowie in Dutzenden kleineren Städten und Ortschaften. Aus vielen Städten, darunter auch Kyjiw, wird von russischen Sabotage- und Spähtruppen berichtet.
25.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin ruft die ukrainische Armee in einer Fernsehansprache dazu auf, sich gegen die ukrainische Regierung zu stellen und die Macht in Kiew zu übernehmen. Putin bezeichnet die ukrainische Regierung in seiner Rede als »Bande von Drogenabhängigen und Neonazis«.
25.02.2022	Die NATO-Staaten kommen anlässlich des Einmarsches Russlands in die Ukraine zu einem Sondergipfel zusammen. Im Anschluss verkündet NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg die Verlegung von Einheiten der schnellen Einsatztruppe NRF. Er betont, die Maßnahmen seien »präventiv, verhältnismäßig und nicht eskalierend«. Es ist das erste Mal, dass Teile der NRF im Zuge der Verteidigung des Bündnisgebiets verlegt werden.
25.02.2022	Das internationale Hacker-Kollektiv »Anonymous« erklärt Russland den Cyberkrieg. Zuvor hatte die ukrainische Regierung die ukrainische Cyber-Community um Unterstützung gebeten. »Anonymous« nennt den Einmarsch Russlands in die Ukraine einen Verstoß gegen das Völkerrecht. Kurze Zeit später sind mehrere staatliche Websites, darunter des Kremls, der Duma und des Verteidigungsministeriums, von Störungen betroffen.
25.02.2022	Ein Sprecher des ukrainischen Präsidenten teilt mit, dass die Ukraine zu Gesprächen mit Russland über die Beendigung des Krieges bereit sei, allerdings nicht wie von Russland vorgeschlagen in Minsk, wo Russland Teile seiner Angriffsarmee stationiert hat, sondern in Warschau.
26.02.2022	Eine Resolution im UN-Sicherheitsrat gegen den Einmarsch Russlands in die Ukraine scheitert am Veto Russlands. China enthält sich bei der Abstimmung.
26.02.2022	Am dritten Tag des Krieges führt Russland die Invasion an allen Kriegsfronten unvermindert fort. Es gelingt jedoch weder die Hauptstadt Kyjiw, noch andere Großstädte, wie das hart umkämpfte Charkiw oder Sumy, einzunehmen.
26.02.2022	Die Staatliche Eisenbahngesellschaft der Ukraine, Ukrsalisnyzja, teilt mit, dass die ukrainische Armee alle Eisenbahnverbindungen nach Russland gekappt habe, um den Nachschub für das russische Militär abzuschneiden. Außerdem evakuiert Ukrsalisnyzja Tausende Menschen aus den Kriegsgebieten in Sonderzügen.
26.02.2022	Das russische Militär sprengt einen von der Ukraine errichteten Staudamm, der seit der Krim-Annexion 2014 den Nord-Krim-Kanal vom Fluss Dnipro abgeschnitten hatte. Damit soll die Wasserversorgung der Krim wiederhergestellt worden sein, berichten staatliche russische Medien.

26.02.2022	Mychajlo Podoljak, außenpolitischer Berater von Präsident Selenskyj, teilt mit, dass die russische Armee bereits 3.500 Soldaten verloren und die Ukraine mindestens 200 russische Soldaten gefangengenommen habe. Russland bestätigt die Angaben nicht.
26.02.2022	Das Weiße Haus bittet den US-Kongress um die Freigabe von 6,4 Mrd. US-Dollar für die Ukraine, davon 2,9 Mrd. für humanitäre Zwecke und 3,5 Mrd. zur Verteidigung.
26.02.2022	Deutschland, Frankreich, die USA und andere Länder beschließen gemeinsam, russische Banken teilweise vom internationalen Zahlungsverkehrssystem SWIFT abzukoppeln, was Russland den internationalen Handel erschwert. Die Abkopplung vom SWIFT-System zählt zu den härtesten Sanktionsmaßnahmen und war daher lange umstritten, vor allem auch in Deutschland.
26.02.2022	Nachdem Deutschland lange Waffenlieferungen in die Ukraine verweigerte, erlaubt Berlin in einer Kehrtwende seiner bisherigen Rüstungspolitik, dass die Niederlande 400 Granatwerfer aus früheren deutschen Beständen an die Ukraine liefern dürfe.
26.02.2022	Das satellitengestützte mobile Internet-System »Starlink« von Elon Musk bietet nun auch in der Ukraine mobilen Internetzugang an. Mit gezielten Angriffen Russlands auf die Kommunikationsinfrastruktur war der Internetzugang in einigen Regionen der Ukraine eingeschränkt bzw. verhindert worden.
27.02.2022	Der russische Präsident Wladimir Putin versetzt die sogenannten »Abschreckungskräfte« des Landes in Alarmbereitschaft. Er begründet diesen Schritt mit »aggressiven Äußerungen« von NATO-Mitgliedsstaaten und die als Reaktion auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine gegen sein Land verhängten Sanktionen. Die »Abschreckungskräfte« umfassen auch Atomwaffen.
27.02.2022	Bei einer Sondersitzung im Deutschen Bundestag leitet Bundeskanzler Olaf Scholz per Regierungserklärung eine »Zeitenwende« in der deutschen Außenpolitik ein und sichert der Ukraine Waffenlieferungen zu, die bisher stets abgelehnt wurden mit der Begründung, den Konflikt mit Russland nicht weiter aufheizen zu wollen. Auch soll Deutschland sich von russischen Energielieferungen unabhängiger machen, z. B. durch den Bau von Flüssiggasterminals.
28.02.2022	Am fünften Tag der russischen Invasion treffen russische Raketen unter anderem Wohngebiete in Schytomyr und Tschernihiw; in einem Vorort von Kyjiw wird eine Geburtsklinik getroffen. Eine Rakete auf den Flughafen Schytomyr soll von belarussischem Territorium abgeschossen worden sein, so der Oberbefehlshaber der ukrainischen Armee, Walerij Saluschnyj. In Charkiw werden Gebäude im historischen Stadtzentrum schwer beschädigt.
28.02.2022	Satellitenbilder der US-Firma Maxar Technologies zeigen, dass ein russischer Militärkonvoi von 64 Kilometern Länge sich von Norden her Richtung Kyjiw nähert.
28.02.2022	Die ersten Friedensverhandlungen zwischen der Ukraine und Russland, die an der ukrainisch-belarussischen Grenze stattfinden, enden nach sechs Stunden ohne Durchbruch. Die Gespräche sollen in den kommenden Tagen fortgeführt werden.
28.02.2022	Karim Khan, Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag (ICC), gibt bekannt, mögliche Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit des russischen Krieges in der Ukraine zu untersuchen. Die Ukraine hat, wie auch Russland, das Römische Statut bisher nicht ratifiziert. Im Zusammenhang mit den Protesten auf dem Maidan, der Annexion der Krim und des Krieges im Donbas hat die Ukraine dem ICC 2014 jedoch die Zuständigkeit übertragen, wodurch der ICC berechtigt ist, Ermittlungen aufzunehmen.
28.02.2022	Das Threat Intelligence Center des US-Softwarekonzerns Microsoft teilt mit, dass es bereits einige Stunden vor dem Beginn der russischen Invasion einen Cyberangriff auf die zivile digitale Infrastruktur der Ukraine entdeckt habe, und dass dieser Angriff vermutlich gegen die Genfer Konvention verstoße.
28.02.2022	Die Europäische Kommission und der Verband der europäischen Stromnetze einigen sich darauf, die Ukraine bereits in den kommenden Wochen an das einheitliche Stromnetz der EU (ENTSO-E) anzuschließen. Dieser Schritt, auf den die Ukraine seit 2017 hinarbeitet, war eigentlich für 2023 geplant, wird wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine nun jedoch vorgezogen. Im Zuge der Invasion hatte die Ukraine am 24. Februar ihr Stromnetz vom russischen Stromnetz abgekoppelt.
01.03.2022	Das US-Verteidigungsministerium schätzt, dass Russland inzwischen 80 Prozent seiner für die Invasion bereitgestellten Truppen in die Ukraine geschickt habe. Allerdings stocke der Angriff und es gebe Meldungen über die niedrige Moral bei den russischen Einheiten. So berichtet das ukrainische Center for Defense Strategies unter Berufung auf Quellen aus dem russischen Militär, dass russische Marinesoldaten von der Krim sich geweigert haben sollen, an der Invasion der Ukraine teilzunehmen.

01.03.2022	Polen und die Ukraine eröffnen zwei neue Grenzübergänge, um die langen Wartezeiten an den überfüllten Grenzübergängen zu verringern, wo die Menschen teils länger als einen Tag auf den Grenzübertritt warten müssen. In den ersten sechs Tagen seit Kriegsausbruch sind laut UN-Angaben fast eine Millionen Menschen, überwiegend Frauen und Kinder, aus der Ukraine geflohen, der Großteil nach Polen.
01.03.2022	Im südkrainischen Cherson hat die russische Armee laut Angaben des Bürgermeisters weite Teile der Stadt bereits unter ihre Kontrolle gebracht, darunter den Bahnhof und den Hafen. Kritisch ist die Lage in Mariupol, wo infolge der Kämpfe und Raketenangriffe mehr als 100 Zivilisten in Krankenhäusern behandelt werden müssen, die Lebensmittelversorgung nicht sichergestellt sei und es zwischendurch keinen Strom gebe, berichtet der dortige Bürgermeister.
01.03.2022	Der ukrainische Gesundheitsminister Wiktor Ljaschko plant gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation WHO humanitäre Korridore in die besonders vom Krieg betroffenen Gebiete zu errichten, damit diese mit Medizin und Lebensmitteln versorgt werden können. Laut Ljaschko verweigern die russischen Besatzer die bisher privat erfolgten Hilfslieferungen.
01.03.2022	Der Internationale Währungsfonds IWF und die Weltbank geben in einem gemeinsamen Statement bekannt, ein Hilfspaket von 4,4 Mrd. US-Dollar für die Ukraine vorzubereiten. Davon will die Weltbank ab kommender Woche in mehreren Tranchen insgesamt 3 Mrd. US-Dollar zur Verfügung stellen und der IWF plant, sofern der Vorstand in einer Woche zustimmt, weitere 1,4 Mrd. US-Dollar bereitzustellen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz und Dr. Eduard Klein

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
 Chronik: Alena Schwarz und Dr. Eduard Klein
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
 Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1862-555X © 2022 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen

Polen-Analysen

Russland-Analysen

Ukraine-Analysen

Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.